

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Freitag, 22. März 1929.

9. Jahrgang.

Nr. 70.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung von Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich.

Das dänische Kabinett in der Minderheit.

Ein Erfolg der dänischen Genossen.

Kopenhagen, 21. März. Das Folketing schloß heute nachmittags den Haushaltsentwurf mit 52 Stimmen der Sozialdemokraten gegen 45 Stimmen der gemäßigten Linken ab. Die Konserverativen enthielten sich der Stimme, da die Vorschläge der Partei auf erhöhte Bewilligung für die Landesverteidigung abgelehnt worden waren. Auch die radikale Linke enthielt sich der Abstimmung. Ministerpräsident Madson Nygaard erklärte darauf, daß die Abstimmung natürlich politische Folgen nach sich ziehen werde, worüber dem Folketing später eine Mitteilung zugestellt werden würde.

Der polnische Finanzminister in Anklagezustand.

Warschau, 21. März. Der Sejm hat in der heutigen Nachtsitzung die Beratungen über den Antrag auf Verlegung des ehemaligen Finanzministers Czechowicz in den Anklagezustand wegen Ueberschreitung des Budgets im verfloßenen Jahre nach einer längeren Debatte zu Ende geführt. Um zwei Uhr nachts verhandelte der Sejmarschall Dąbski das Abstimmungsergebnis. Für die Verlegung in den Anklagezustand stimmten 240 Abgeordnete, dagegen 126. Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses verließen die Abgeordneten des Regierungsbundes den Beratungssaal. Der Sejm wählte sodann drei Ankläger, welche die Anklage gegen den ehemaligen Finanzminister Czechowicz vor dem Obersten Staatsgerichtshof einbringen werden. Zu Anklägern wurde je ein Vertreter der sozialistischen Partei, des nationalen Bundes (Nationaldemokraten) und der radikalen Volkspartei (Bywalcenie) gewählt.

General Muirra entfangen.

Mexiko, 21. März. (Heuter.) General Jesus Muirra, der Kommandant der Aufständischen im Staate Veracruz, wurde nach einer dänischen im Staate Veracruz, wurde nach einer mehrere seiner Anhänger ihr Leben einbüßten, als sie ihren Führer mit ihren Körpern bedekten, in einem Walde gefangen genommen. Der General wird wahrscheinlich ebenso wie vor einigen Tagen sein Bruder standrechtlich erschossen werden.

Die Aufständischen erklären, daß die Hauptstadt des Staates Puebla in ihre Hand gelangt sei.

Aufständische auf der Flucht.

Bisbee (Staat Arizona), 21. März. (Heuter.) Heute vormittags haben mexikanische Flüchtlinge, vorwiegend aus dem Staate Sonora, mit Möbeln und anderen Gegenständen haufenweise die mexikanische Grenze überschritten. Man erwartet jeden Augenblick, daß es im Staate Sonora zur Entscheidungsschlacht zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen kommen werde.

Die russischen Dokumentenräufer.

Berlin, 20. März. In der Tatsache, daß gegen die Hauptbeteiligten an der Dokumentenräuferei Wladimir Orloff und Peter Pawlowitsch, alias Sumarokoff, Haftbefehle wegen des dringenden Tatverdachts des Verklügelten und vollendeten Betruges erlassen worden ist, berichtet eine Berliner Korrespondenz ergänzend: Bei Orloff handelt es sich um den verführerischen Betrug an dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker und um den vollendeten Betrug gegenüber den ehemals russischen, jetzt bruchstückhaften Staatsangehörigen Ziewer, dem er die sogenannten „Trilisser Briefe“ verkauft haben soll. Es handelt sich dabei um Fälschungen eines angeblichen Briefwechsels zwischen dem Chef des Auswärtigen Amtes der WM. und Auslandsvertreterungen der Sowjetregierung über bolschewistische Propaganda in anderen Ländern. Der Rechtsbeistand Orloffs will zunächst von einer Haftbewerbe Abstand nehmen, da ja auf jeden Fall gegen Orloff noch die Ausweisungsbefehle bestehen bleiben würde. Dagegen will er seine Beschwerden gegen das Ausweisungsverfahren selbst beim Ministerium weiterverfolgen.

Die übrigen in Berlin festgenommenen Aufständischen nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen kein Strafverfahren zu gewärtigen haben.

300 Bergleute verschüttet.

Schweres Explosionsunglück in einer amerikanischen Kohlengrube.

Barnassus (Pennsylvania), 21. März. Durch eine Explosion in Ballecamp im Bergwerk der dortigen Kohlenkompanie wurden dreihundert Bergleute verschüttet. Die Explosion erfolgte, nachdem die Tagesarbeit eingelehrt war. Aus den benachbarten Städten wurden Rettungsmannschaften herbeigerufen.

Die Explosion selbst wurde um 7 Uhr 55 Minuten früh wahrgenommen. Gewaltige Flammen schlugen aus dem Bergwerkschacht heraus und die ihnen folgenden Rauchwolken hüllten die ganze Umgebung ein. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Nach einer bisher noch nicht bestätigten Meldung wurden eineinhalb Stunden nach der Explosion fünf Leichen geborgen.

Der Chauvinismus hat gesiegt!

Kein deutsches Wort in der gestrigen Sitzung der böhmischen Landesvertretung. Krasse Geschäftsordnungswidrigkeiten des Vorsitzenden.

Prag, 21. März. Die böhmische Landesvertretung trat heute zum erstenmal nach ihrer konstituierenden Sitzung wieder zusammen, um sich mit dem Budget für 1929 zu befassen. Leider mußte man seit jener ersten Sitzung eine direkt pathologische Veränderung an dem den Vorsitz führenden Landespräsidenten Kubat feststellen; ihm ist in der Zwischenzeit jegliches Vermögen, sich auch in deutscher Sprache auszudrücken, vollständig abhanden gekommen, so daß heute vom Präsidium aus kein einziges deutsches Wort fiel; selbst zwei deutsche Anträge wurden ausschließlich tschechisch zur Verlesung gebracht. Bei einem niederen Beamten pflegt ein solcher totaler Gedächtniswund eine Untersuchung durch den Amtsarzt und Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit zur Folge zu haben. Bei Herrn Kubat scheint dies aber umgekehrt ein Mittel zu sein, um dem drohenden blauen Vogen noch auf eine Weise zu entgehen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Herr Kubat nur auf einen deutschen Wink von oben gehandelt hat und der eigentliche Urheber an der Spitze des Innenministeriums zu suchen ist. Herr Cerny hat, dem Zwang einiger chauvinistischer Parteien gehorchend und gern wohl auch dem eigenen Trieb, gewiß höchstpersönlich den Auftrag zu dieser Brückierung der deutschen Landesvertreter gegeben; ihn trifft darum auch die volle Verantwortung dafür und nicht den vorgeschobenen Kubat.

Die „Národní Listy“ und andere Blätter, die feinerzeit gegen die paar deutschen Worte in der Landesvertretung Sturm gelaufen sind, mögen diesen Erfolg in ihrem Kalender rot anstreichen. Aber sie sollten doch auch ein wenig darüber nachdenken, ob durch diese neuerliche Betonung des tschechischen Herrenstandpunktes der Annäherung von Volk zu Volk deren Notwendigkeit zu betonen seit auch schon in diesen Kreisen zum guten Ton gehört, nicht um dieses mehr geschadet wurde, als der ganze „Erfolg“, bei Licht besehen, eigentlich wert ist.

Dieser Vorfall hat im deutschen Lager eine merkwürdige Umgruppierung, ja fast eine Einheitsfront zustandegebracht, insofern wenigstens, als alle deutschen Klubmänner mit dem Landespräsidenten — allerdings ergebnislos — verhandelten. Die deutschbürgerlichen Parteien, darunter auch die Aktivisten, suchten sich dann als Sprecher Herrn Professor Raska aus, der der Entrüstung über das Vorgehen des Landespräsidenten Ausdruck verlieh.

Die deutschen Sozialdemokraten, obwar gleichfalls über die demonstrative Nichtachtung der deutschen Sprache ungehalten, schlossen sich dieser Einheitsfront nicht an, sondern gaben eine eigene, im Ton nicht minder scharfe Erklärung ab. Es ist ja doch von den deutschen Aktivisten nur eine ganz lächerliche Komödie, plötzlich in dieser Frage flammende Proteste zu erheben, wo doch vor drei Monaten ihre eigenen Minister die Sprachenverordnung unterschrieben haben, auf Grund deren sich Herr Kubat erst solche Zügelchen leisten darf!

Nicht viel ernster gemeint waren wohl auch die Erklärungen des Sprechers der Christlich-sozialen und der Gewerbetreibenden, gegen das Budget stimmen zu wollen. Der liberale Sprecher brachte von vornherein ein „Wenn“ hinein, wenn nämlich die liberale Abänderungsanträge nicht berücksichtigt würden, und außerdem stellte er auch noch fest, daß durch diese eventuelle Abstimmung die Mehrheit, die dank der Ernennungen ja über schöne Stimmreserven verfügt, immer noch nicht bedroht wäre. Man

lann daraus höchstens schließen, daß unsere Liberalen jetzt mehr denn je die Notwendigkeit fühlen, sich gelegentlich auch oppositionell zu gebärden, um ihren Wählern noch für eine Weile die Augen verschmieren zu können.

Die Debatte stand auch rein formal auf einer bemerkenswerten Höhe: keine heruntergelesenen Reden, aufmerksame Zuhörer, die selbst um die Mittagszeit nicht alle davonließen.

Unser Redner in der Generaldebatte, Genosse Dr. Strauß, in dem noch die Erregung über die Sprachenfrage und eine weitere Geschäftsordnungswidrigkeit des Vorsitzenden nachhatter, hielt den tschechischen Parteien den Spiegel ihrer eigenen Geschichte vor und appellierte an alle Parteien, die gemartete Selbstverwaltung nicht noch mehr zu Boden zu treten, sondern an ihrer Wiederaufrichtung zu arbeiten. Die mit großer Umsicht zusammengetragnen Daten über die oft widerständige finanzielle Beschränkung der Selbstverwaltungskörper verhehlte sicher ihre Wirkung auch auf den kopfschüttelnden Referenten nicht; die deutschen Aktivisten mögen sich besonders die Daten über die Benachteiligung deutscher Institute und Körperschaften noch etwas gründlicher ansehen.

Sachlich geht es dem Budget nicht anders als etwa in der Kammer. Selbst unser Antrag auf Verweisung des Budgets nach der Generaldebatte an den zu wählenden Finanzausschuß wurde abgewiesen, also wird der Vorschlag wohl in zwei oder drei Tagen ohne viel Änderungen glücklich unter Dach und Fach sein. Heute wurde bereits die Generaldebatte beendet, morgen beginnt die Spezialdebatte, die sich bis Samstag hinausziehen dürfte.

Nachstehend ein gedrängter Sitzungsbericht: Die Sitzung begann mit mehr als einstündiger Verpänung nach 11 Uhr vormittags und nahm gleich zu Beginn infolge des unverständlichen Benehmens des Vorsitzenden Kubat einen erregten Charakter an. Die verschiedenen präsidentalen Mitteilungen bringt Herr Kubat plötzlich nur in tschechischer Sprache zur Kenntnis. Nach Angelobung eines neuen Mitgliedes der Landesvertretung erteilt er sofort dem Referenten Dr. Kubista das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung, dem

Landesbudget für 1929.

Jedes protestiert von seinem Sitz aus für die Arbeitsgemeinschaft Dr. Rosche dagegen, daß der Herr Landespräsident von seiner in der ersten Sitzung geübten Gewohnheit, die präsidentalen Mitteilungen auch in deutscher Uebersetzung vorzutragen, Abstand genommen hat. Schon springt auch Genosse Dr. Strauß auf und verwahrt sich erregt dagegen, daß der Präsident eine Wortmeldung der Genossin Schaffer zur Geschäftsordnung einfach völlig ignoriert und verlangt, daß der Rednerin unverzüglich das Wort erteilt werde. Unsere Genossen machen ihrer Erregung in lauten Zwischenrufen Luft und verbieten sich auf das entschiedenste ein derartiges geschäftsordnungswidriges Vorgehen des Herrn Kubat. Die Genossen Fischer, Dr. Strauß und andere eilen zur Tribüne vor und reden auf den Präsidenten ein, ebenso einige oppositionelle Deutschbürgerliche; von der andern Seite mischen sich ein paar Tschechen ein, die aber aufsehend gar nicht wissen, worum es sich handelt, und annehmen, daß nur die rein tschechische Antierung den Protest hervorgerufen habe. So gibt es längere Zeit hindurch beim Präsidium einen erregten Wortwechsel in dem Herr Kubat (Schluß auf Seite 2, Spalte 4.)

Der „Sieger“.

Der Weltkrieg hat nicht nur den Nimbus des „Heldentums“ in der Schlacht, die Legende von schlagentüchtender Tapferkeit und Mannedum des einzelnen Soldaten zerstört, er hat die Romantik des Soldatenruhms auch an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen, als er die Wirkungsmöglichkeiten der „großen Feldherrn“ durch die mörderischen und ungeistigen der überlegenen Maschinerie erzieht. Weder für Siege noch für Niederlagen konnten mehr die einzelnen Heerführer allein verantwortlich gemacht werden, sie wurden mehr und mehr Diener der Technik, Peante des Mordbetriebes, und ihre Hauptleistung bestand darin, möglichst viel Kanonen, Granaten und Schrapnellts auf einen Ort konzentrieren, möglichst exakte Mordwerkzeuge einsetzen und ohne Hemmung des Gewissens Zehntausende Menschen in den sicheren Tod schicken zu können.

Auch Fernand Foch, den hierzulande die nationalistische Presse als Helden und Sieger feiert, dementen die „Prager Presse“ auf einem Tag vom Bazillismus dispensiert und beauftragt wird, die Feder in jene Mischung von Blut und Del zu tauchen, die ja keine neue Sorte Druckerstränge ist, auch der Marschall Foch ist kein „großer Feldherr“, kein Napoleon oder Wolke gewesen. Ein halbes Jahr früher an die Spitze gelangt, ein halbes Jahr früher verbraucht, wäre er nur einer der Vielen gewesen, der Pétain, Rivellès, Frenay, Haig, die im Oberbefehl an der Westfront verbraucht wurden. Konnte man von Marschall Foch sagen, er habe im Jahre 1914 durch geschickte Operationen den Franzosen aus einer heillosen Situation geholfen, so fehlen den Anordnungen Fochs die großen operativen Ideen des Feldherrn. Er besaß Energie und gute Nerven, er verstand die vorhandenen tatsächlichen Mittel zweckdienlich einzuziehen, aber den „Sieg“ hätte jeder andere an seiner Stelle auch erfochten. Denn seit dem Frühjahr 1918 stiegen die Zahlenverhältnisse an der Westfront von Tag zu Tag zugunsten der Entente. Zu einem deutschen „Endsieg“ hätte selbst ein Sieg Ludendorffs bei Amiens nicht geführt, nur zu einer besseren Friedenschance. Ludendorff verlagte bei der Aufgabe, die er sich gestellt hatte, und nach dem mißglückten Durchbruchversuch im März wurde sein „Abziehen der Front“ zur sinnlosen Vöfselfstrategie. Foch wußte nun, daß er nur zu warten brauche, bis Ludendorff die letzten deutschen Reserven in den Schmelztiegel der Materialschlachten werfen würde.

Hunderttausende frische Truppen, die Amerika über den Ozean geschickt hatte, tauende neue Geschütze, Hunderte fürchterlicher Tanks, unabsehbare Geschwader von Kampffliegern, Berge von Munition, neue Giftgase, Minen, Flammenwerfer, standen der Entente seit dem Mai 1918 zur Verfügung. Ihnen hatten die Deutschen nichts mehr entgegenzusetzen als alte ausgeleierte und ungenügend mit Munition versorgte Kanonen und ausgeschungerte, mit fünfzigjährigen Landstürmern und fleißigen Neutruen aufgefüllte Mannschaften. Bei diesem Kampferhältnis konnte nach Ludendorffs Mißerfolg bei Amiens der Ausgang nicht mehr zweifelhaft sein. Die letzten Offensivstöße der Deutschen bei Reims und Chateau Thiery boten den Franzosen selbst die offene Platte zum Angriff dar und, aus den Wäldern von Villiers Coriettes mit den amerikanischen Reserven zum Gegenstoß vorzugehen, das hätte vielleicht sogar ein Brudermann oder Kottiere zuwege gebracht.

Erst nach dem Siege, nach dem Waffenstillstand von Compiègne, den er den Deutschen widerwillig gewährt hatte, weil er ihn im Siegeslauf nach dem Rhein unterbrach, begann Foch große „Ideen“ zu entwickeln. Nun wollte er auf jeden Fall Berlin besetzen, seine Vorhut bei Warschau aufstellen, Rußland den Krieg erklären und Napoleons Zug nach Moskwa wiederholen. In Paris war Marschall Foch der gefährlichste Störer der Friedensverhandlungen, ein ständig for-

bernder, hehender, über den abenteuerlichsten Plänen brütender Militarist, der nur ungern die Diplomaten hassen wollte, was die Militärs begannen hatten. Man muß dem Tiger Clemenceau Gerechtigkeit widerfahren lassen und zugeben, daß er es war, der den übermütigen Sieger Foch im Zaume hielt. Und wahrscheinlich hätte kein anderer es tun können als Clemenceau, der so national, so Chauvinistisch, so unerbittlich war, daß kein Mensch in Frankreich ihm nachgeben konnte, er sei ein Defätist. Clemenceau ist immer Nationalist gewesen, aber er war — zum Unterschied von den Nationalisten so vieler anderer Nationen — dabei immer ein Bürger, einer der letzten Nachfahren der Revolutionsmänner von 1792, die auch den Generalen, ob sie siegen oder unterlagen, die Köpfe abschlugen, wenn diese Köpfe nach Kronen strebten. Clemenceau hatte immer Zivilcourage; in ungezählten Zusammenstößen hat er, der Tiger, den bösarigen Bullenbeißer Foch gezähmt, hat er, der Zivilist, dem Marschall den Säbel entwunden, mit rhetorischem Feuer und kalter Ironie die verrückten Pläne Fochs erledigt. Daß der siegreiche Foch 1919 jene Nacht nicht erhielt, die 1871 der besiegte Mac Mahon sich anzueignen wußte (dazu haben wir freilich wieder die Parallele in Deutschland!), dankt das französische Volk vor allem Clemenceau.

Der Sieg des nationalen Blocks und Poincarés gab dann dem Jesuitenjüngling und zum Monarchismus neigenden Foch einige Chancen, aber die große Gelegenheit war verpaßt worden und 1924 mußte Foch mit dem Amtsantritt des radikalen Kabinetts Herriot alle Hoffnungen begraben. Selbst als man in der Krise des Franken einen „Retter“ von rechts suchte, konnte es nur der Zivilist Poincaré sein. Der siegreiche Marschall war zu einer dekorativen Figur geworden. Er machte keine Anstalten mehr, den Weg der Pilsudski, Zivkovic, Gajda, Averescu und Lundenborff zu gehen, er begnügte sich mit dem Ruhm von 1918, den er in Stunden der Besinnung wohl auch richtig zu werten wußte und den Jean Pierreßen in seinem Buche „Blutarch“ hat gelogen“ vor aller Welt zerpflegt.

Frankreich wird den Sieger Foch mit Pomp und mit all jener Aufmachung der Gloire bestatten, in der die Franzosen immer groß waren. Es wird nicht an starken Worten fehlen. Frankreich ist ja ein waffenstarrer Staat mit vielen Soldaten, vielen Generalen, Fahnen, Regimentsmützen und heimlichen Kriegsberichterstatern. Aber die überlebenden Generale werden den Hauch der trauernden Begeisterung so wenig für ihre kleinen Pläne nützen können, wie Foch den Siegesrausch von 1919 auswerten konnte. Frankreich hat trotz allem eine starke „Linke“, auch im kleinen Bürgerium, es hat noch ein paar handfeste Republikaner, oder besser, Zivilisten, die genau wissen, wie weit man einen General auf der Leiter des Ruhmes ohne Schaden steigen läßt.

Hätten sich in Polen und Serbien rechtzeitig anständige, ehrliche, mutige Zivilisten, wirklich demokratische Bürger gefunden, die das französische Vorbild einmal, wo es vernünftig war, nachgeahmt hätten, Zivkovic und Pilsudski wären heute glorienbedeckte Vogelgeheuer und nähmen als solche an der Bestattung des Kollegen Foch teil, nicht aber gemeingefährliche Diktatoren.

Hierzulande gibt es viele Bewunderer

Fochs; nicht nur in der „Brager Presse“ kann man vor napoleonischen Anwandlungen das Wasser nicht halten. Freilich haben wir auch einen oder den andern wirklichen, also demokratischen, zivilen, Bürger. Aber schon bei Venes und Kofas beginnt dieses Bürgertum, das sich eben auf die Burg beschränkt, wacklig

Wohnungsvorlagen im Senat angenommen.

Nach Eröffnung der Sitzung kurz vor 11 Uhr wird die Debatte über die Altersvorsicherungen fortgesetzt. Nach der Senatorin Plamintova (sich. Nat. Soz.) tritt Herr Vater Fritsch auf, um die Vorlage den verbliebenen Anhängern der christlichsozialen Heilslehre schmackhaft zu machen.

Bei diesem unantworbaren Geschäft geht er nach dem bekannten Rezept einfach aggressiv vor und behauptet, es sei kein Zufall, daß gerade die als antisozial verächtliche Regierung soviel nachholen müsse, was früher, als die Situation für die Arbeiterschaft besser gestanden ist, versäumt worden sei. Die Genossen Jarolim, Beutel u. a. werfen ihm erregt Demagogie vor und es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich wiederholen, als der Redner wieder alle möglichen Wünsche auf Befreiung der Invaliden, Sanierung der Brudertöden, Gleichstellung der Pensionisten usw. vorbringt, die er viel besser und wirkungsvoller im Schoße der Koalition vertreten sollte.

Letzter Redner ist der tschechische Genosse Jaros. Der Referent Hrejka versichert in seinem Schlusswort, daß der Instanzentwurf bei Nichtverkennung der Rente erhalten bleibe und daß jeder Angehörige das Recht der Berufung an das Landesausschuss haben werde. Bei der Abstimmung wird die Vorlage von den Regierungsparteien in erster Lesung angenommen.

Die Verlängerung der drei Wohnungsvorlagen, Mieterschutz, Bauförderung und Ausschub der exekutiven Märmung, bilden den nächsten Verhandlungspunkt. Als erster Debatteredenner erinnert

Genosse Löw

zunächst an die bösen Folgen des letzten kurzfristigen Bauförderungsgesetzes, das zu überstürzten Bauen zwang und die Preise der Baumaterialien ungemein in die Höhe trieb. Ein volles Jahr stand zur Vorbereitung eines modernen Bauförderungsgesetzes zur Verfügung, trotzdem hat man sich zum Schluss keinen andern Rat gewußt, als die Verlängerung des bestehenden unsozialen Gesetzes. Und doch müssen wir daran gehen, ein modernes langfristiges Gesetz zu schaffen, weil mit Minderwert nichts zu erreichen ist.

Es müssen Wohnungen für jene geschaffen werden, die bisher von den Baugebern überhaupt nicht profitiert haben.

Nach dem letzten Gesetz übernimmt der Staat ja überhaupt nur die Bürgerschaft dafür, daß in zweiter Satzpost von einem Geldinstitut Kapital zur Verfügung gestellt wird; für diese Bürgerschaftleistungen hat der Staat aber in den vergangenen zwei Jahren überhaupt keinen Heller an Zinsen oder Amortifikation für einen zahlungsunfähigen Schuldner wirklich ausgeben!

Wir haben nicht genug Kleinwohnungen.

In einer Reihe von Bezirken sind ja zahlreiche Neubauten entstanden, aber kein Arbeiter kann darin wohnen, weil wucherhafte Mietzins verlangt werden, die die Baukosten binnen 15 bis 20 Jahren völlig amortisieren sollen, während man früher mit einer Amortisierung in etwa 10 Jahren kalkulierte. So aber werden für eine Wohnung aus Zimmer und Küche Preise bis zu 5000 Kronen, für einen kleinen Laden 8000 bis 10.000 Kronen verlangt; dadurch werden natürlich indirekt auch die Preise aller Bedarfsartikel verteuert. Ich finde es absolut nicht in Ordnung, daß man für derartige Neubauten langjährige Steuererleichterungen gewährt. Die Hausbesitzer in solchen

zu werden und dem Zauber der Uniform zu erliegen. Um so mehr werden wir Andern, die keine Lorbeer besticht und keine Medaille blendet, vor denen auf der Hut sein müssen, die zwar noch weniger als Foch besiegt haben, aber noch rühriger als er die Heilslehre des Säbels predigen!

Neubauten dürfen zwar ihre Mieter hemmungslos bewohnen, aber für die notwendigsten Bedürfnisse der Gemeinde brauchen sie nichts beizusteuern. Wenn schon solche langjährige Steuerbefreiungen gewährt werden, dann sollte sich auch der Staat auf einen Einfluss auf die Festsetzung der Zinse in diesen Neubauten vorbehalten. Zumindest müßte man dafür sorgen,

den Gemeinden Subventionen zu gewähren, damit sie in die Lage versetzt werden, selbst Kleinwohnungen zu bauen.

Von der privaten Bautätigkeit kann dies nicht erwartet werden, da Kleinwohnungen nicht die entsprechende Amortisierung und Verzinsung einbringen. Wir haben es unterlassen, Änderungsanträge zu stellen, wir appellieren aber dringend an die Regierung, daß sie uns bis zum Herbst ein modernes Gesetz über Bauförderung, Wohnungsfürsorge und Mieterschutz vorlege! (Beifall.)

Für die tschechischen Genossen spricht Modraček, der eine Novellierung der Grundsteuer verlangt, da sie die Mieter in alten Wohnungen ganz verschieden belastet. Von den weiteren Rednern bedauert Hartl (D. Nat.), daß die Frage des Mieterschutzes von Anfang an rein wirtschaftlich angefaßt und die ganzen Kosten den Hausbesitzern aufgebürdet (!!) wurde; er will die endgültige Regelung (lies: Aufhebung) des Mieterschutzes mit der Regelung der Bezüge der öffentlichen Angestellten funktinieren. — Die ungeheure Ueberschuldung der Arbeiter und Privatangestellten verwies Redner ebenfalls auf Lohnherhöhungen.

Als unentwegter Hausbesitzervertreter spielte sich dann auch noch der tschechische Agrarier Dr. Pavella auf. Er erklärt, der Staat habe bisher vier Milliarden für Wohnungsfürsorge fast vergeudet und hätte besser getan, nur einen Teil davon zum Abbau der gebundenen Wohnungswirtschaft zu verwenden.

Die Vorlagen werden schließlich in beiden Lesungen angenommen. Die Verleihung der Miendeckelung für Schuldverschreibungen zweier Elektrizitätsgesellschaften wird dann debattelos genehmigt.

Die letzte Sitzung vor Ostern findet morgen um 9 Uhr früh statt. Tagesordnung: Erhöhung des Staatsbeitrages zur Elektrifizierung des flachen Landes, Elektrifizierungsfond, Änderung des Vertrages mit der Elbe- und Donauschiffahrtsgesellschaft.

Abgeordnetenhaus.

Streit um Foch.

Prag, 21. März. Die kurze Tagesordnung des Abgeordnetenhauses, das erst nach sieben Uhr abends zusammentrat, war in 25 Minuten erledigt. Einigen zweiten Lesungen folgten Immunitäten und die Niederstimmung oppositioneller Dringlichkeitsanträge. Vorher hatte es aber im Schoße der Koalition Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob man dem verstorbenen Marschall Foch ex post facto einen Nachruf halten solle oder nicht. Schließlich war ein Kompromiß gefunden worden, welches darin bestand, daß das Präsidium dem Vorsitzenden der französischen Kammer ein Beileidstelegramm schickte und Mahypert gegen Schluß der Sitzung von diesem Telegramm Mitteilung machte. Mit dieser Regelung waren zumindest die Nationaldemokraten nicht einverstanden; wenigstens befam Malypert nach der Sitzung in den Couloirs deshalb von Herrn Spaček ganz ordentlich die Reviten gelesen.

Der Chauvinismus hat gefiegt!

(Schluß von Seite 1, Spalte 3.)

bilios dastelt. Das Referat Stubistas geht in dem Kravall zum Teil ungebört unter. Schließlich ziehen sich die Vertreter der deutschen Parteien zu einer Beratung zurück und der Lärm legt sich allmählich.

Genosse Strauß

kommt einleitend auf die Vorfälle zu Beginn der Sitzung zurück und erklärt,

vielleicht sei dieser Beginn der Tätigkeit der Landesvertretung gerade nicht gewesen.

Unsere Fraktion wollte lediglich den formalen Antrag überreichen, das Budget nach der Generaldebatte zunächst dem heute zu wählenden Budgetausschuß zu überweisen und die Spezialdebatte somit vorläufig zu vertagen. Unserer Rednerin wurde jedoch das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilt. Gegen diese Willkür des Herrn Präsidenten werden wir uns mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Ich bin der festen Ueberzeugung, erklärt Redner, und ich sage das auch an die Adresse der tschechischen Kollegen, daß dieses Vorgehen nicht würdig ist der Ideale der Besten des tschechischen Volkes, von denen der Herr Vorredner gesprochen hat.

Es muß unser aller Bestreben sein, daß die in den letzten Jahren mit Äußen getriebene Selbstverwaltung wieder aufgerichtet werde

im Interesse des Staates, in dem wir leben, und aller seiner Bewohner. Es muß die feste Ueberzeugung jedes Sozialisten und aufrichtigen Demokraten sein,

daß nur ein freies Volk, das frei ist in Gesetzgebung und Verwaltung, Großes leisten kann.

Dieses Ideal eines freien, sich selbst regierenden Volkes haben nicht nur die großen Erwecker der tschechischen Nation vor sich gesehen, sondern auch die Vertreter der bürgerlichen Revolution, welche uns die freie Gemeindeverwaltung gab. Aber die tschechische Bourgeoisie, der man einst nachrühmte, sie sei demokratischer als das deutsche Bürgertum, hat nicht das gehalten, was sich Ideologen von ihr versprochen haben. (Sehr richtig!) Der Umsturz hat uns zwar den Proporz bei den Wahlen in die gelegentlichen Körperschaften und das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden gebracht, aber schon bei der Demokratisierung der Verwaltung hat das Bürgertum dieses Landes verfaßt.

Das Proletariat kann sich mit der Demokratisierung der Gesetzgebung nicht zufrieden geben, es braucht zu seinem Aufstieg auch die Demokratisierung der Verwaltung.

„Recht und Gesetz sind Wort und Paragraph, Schall und Rauch“, sagt Renner. „Was sie lebendig macht, ist die Verwaltung. Diese ist die konkrete Leiblichkeit des Staates.“ Nur dadurch, daß der Staatsbürger in die Verwaltung tätig eingreift, wird in ihm jene Verantwortlichkeit erzeugt, die für den Aufbau eines wahrhaft demokratischen Staates erforderlich ist.

Gilt dies für die Bevölkerung im allgemeinen, so für die Deutschen in der Tschechoslowakei ganz besonders. Die Tschechen können sich im Staate, die Deutschen nur in den Territorien der Selbstverwaltung anselben und dort ihre politische Schicksal selbst bestimmen. Das aber will das deutsche Bürgertum nicht, denn je mehr sich der Aufstieg der Arbeiterklasse vollzieht, desto mehr wird die Verwaltung ein Werkzeug der sozial Schwachen.

Andem aber das deutsche Bürgertum die Selbstverwaltung mit Äußen tritt, verlegt sie dem Volk den Weg zu nationaler Freiheit.

Es ist die historische Schuld der „Aktivist“, daß sie nicht den Augenblick genützt haben, um den Kampf um die nationale Autonomie vorwärts zu tragen, sondern daß sie vielmehr deren letzten Reste vernichtet haben. (Widerpruch bei den Aktivisten.) Je mehr sie die Demokratie preisgeben, desto mehr

Die Flucht aus der Hölle.

Von Albert Londres. 30

Neuer deutscher Verlag, Berlin

Das ist mein Zimmer. Ich drehe den elektrischen Schalter. An der Wand ist ein Spiegel, in dem man sich ganz sieht! Sie können sich denken, wie ich mich betrachte habe! Seit langem hatte ich nicht mehr gesehen, wie ich aussehe. Ein Bett mit zwei Bettägern! Und morgens, ohne daß ich etwas bestellt habe, kommt ein kleines Zimmernädchen und bringt Kaffee und ein Hörnchen! Jawohl, mein Herr!

Kum! Sie können mir glauben, daß heißt wirklich das Leben wieder genießen!

XX.

In diesem Augenblick . . .

In diesem Augenblick, in dem Dieudonné das Leben nungefunden hatte, fand ich Dieudonné wieder.

„Ist es wahr, daß Sie gekommen sind, um mich zu holen? Ich soll Frankreich wiedersehen?“

„Wir kamen gerade vor der Schiffahrtsgesellschaft der Chargeurs-Reunis vorbei. Naiv, als sollten wir sofort abreisen.“

„Zehen Sie, da ist es ja. Schiffe wir uns in Le Havre oder in Marseille aus?“

„. . . Sie haben fünfzehn Jahre gewartet; vielleicht geduldet Sie sich doch einige Tage! Hören Sie zuerst, was ich Ihnen sagen werde: Ihre Begnadigung ist beschlossene Sache, können

es. Aber sie ist noch nicht unterzeichnet; auf jeden Fall hat Moro-Gafferi in dieser Richtung von der Regierung klare Zusicherungen bekommen. Nachdem es so ist und die öffentliche Meinung unterrichtet ist, glaube ich, es auf mich nehmen zu können. Ihre Rückkehr in die Hand zu nehmen. Einverstanden?“

„Wissen Sie, was ich nicht möchte? In Frankreich zwischen zwei Gendarmen ausgeschifft werden. Mein Sohn hat mich nie als Gefangenen gesehen. Er war bei mir im Gefängnis, aber da war er so klein, daß er nichts begreifen konnte. Er sagte zu mir: „Warum gehst du nicht mit uns nach Hause? Bist du krank?“

„. . . Lieber Freund“ sagte ich, „wir werden das Glück versuchen.“

Im Anfang sah unsere Sache gut aus. Das französische Konsulat hatte mir versprochen, meinem Schützling einen Paß zu geben.

Wir waren ruhig und sogar froh. Wir frühstückten mit Appetit. Wir besuchten den botanischen Garten, bestiegen den Corcovado. Man hat uns wiederholt in Ijuca gesehen. Als ob es nichts kostete, leisteten wir uns eine hübsche kleine Travelfahrt bis Petropolis. Wenn es Leute in Südamerika gab, die sich darüber aufregten, so waren wir es nicht. Wir ahnten nichts von dem Luftwechsel, der sich vorbereitete, wir nahmen das Leben von der besten Seite. Ein Mann kam nach fünfzehn Jahren Bagno nötig wieder gewechselt zu werden; ich half bei diesem Wunderwerk.

Eines Nachmittags gegen drei Uhr begann es auf unsere gute Laune zu regnen. Wir hatten

die Leiter, ich wollte sagen die Treppe, erklimmen, die zum französischen Konsulat führt. Die Stunde war da, den Paß in Empfang zu nehmen. Ich hatte mein schönstes Lächeln für den Konsul bereit, als der hohe Beamte, der mich in sein Zimmer gehen hatte, mir eröffnete, er könne Dieudonné den Paß nicht ausliefern. Dieudonné wartete im Vorzimmer. Ich erlaubte mir, zu bemerken, daß er doch schon anders beschloffen hatte. Der Konsul sagte, daß er nach reiflicher Ueberlegung eine solche Verantwortung nicht übernehmen könne.

Er fügte indessen hinzu, daß er, um mir gefällig zu sein, eine andere Lösung vorschläge. Ich sehte mich also. Er würde keinen Paß geben, aber einen Gesellschaften. Der Mann sollte ein Formular unterschreiben, auf dem er sich verpflichtete, sich in die Hände der französischen Justiz zu begeben. Dann wollte der Konsul ihn als angemeldeten Passagier an Bord lassen. Außerdem würde er an die Polizei des Heimatlandes telegraphieren, damit sie dort meinen Zurückgang in Empfang nähme.

Es war unerlässlich, in diesem Augenblick zwei Erklärungen abzugeben. Die erste, daß ich niemals die Absicht hatte, Dieudonné heimlich mitzunehmen, und daß mich deshalb auch die Ueberwachung nicht geniere. Die zweite, daß bei jeder gefundenen Rechtsprechung das vorgeschlagene Mittel einem Mann nicht zuzugewandt werden könne, dem die Regierung eine Strafe zu erlassen wünsche, die ihm vor fünfzehn Jahren durch Irrtum auferlegt worden war.

Nachdem das gesagt war, bat ich den Konsul, Dieudonné zu rufen. Dieudonné kam herein.

Ich sagte ihm, daß der Konsul sich weigere, ihm einen Paß zu geben.

„So!“ sagte er.

Und sein Gesicht erstarrte.

Ich sagte noch, daß er uns einen Vorschlag gemacht hätte. Als Dieudonné sich das Anerbieten angehört hatte:

„Ich nehme an!“ sprach er. „Ich habe nie die französische Justiz gemieden; ich bin zu allem bereit, was Sie wollen.“

Ich zog es vor, nicht sofort zu verhandeln; ich führte meinen Flüchling hinaus.

Warum hatten die französischen Behörden in Brasilien ihre Meinung geändert? Wegen des Lärms, den die Geschichte in Rio verursachte. Die Polizeipräsidenten der verschiedenen Staaten führten fort, Dieudonné freundschaftliche und gémmerische Briefe zu schreiben, und die Zeitungen, die von der Geste des „Petit Parisien“ Kenntnis genommen hatten, Dieudonné nach Hause zu bringen, schrieben: „Er ist ein freier Mann, den die brasilianische Presse in die Hände der französischen Presse gibt.“ und sie tiefen den Geist der Gerechtigkeit des unsterblichen Frankreichs an! Sie sprachen von der Revolution von 89. Sie erinnerten an die Affäre Dreufus. Das war ein schöner Zustand. Eine Postkassette, einige Konsulate wagten nicht mehr, selbständig zu entscheiden. Sie hatten beim Quai d'Orsay Instruktionen eingeholt, und diese kamen nicht.

„Wir werden es ohne den Konsul machen.“ sagte ich, „und über Hamburg auf einem deutschen Schiffe heimkehren.“ (Schluß folgt.)

schwimmt die Möglichkeit zur Erreichung der nationalen Selbstverwaltung. Das steht man am deutlichsten daran, wie die Mitglieder die sprachliche Selbstbestimmung der autonomen Körperschaften preisgegeben haben, wie es auch in der Sprachverordnung von 1926 festgelegt war.

Der Bürgerhaushalt ist auch der Schuldige an dem Chaos in der Finanzwirtschaft der Gemeinden und Bezirke.

Wenn gesagt wird, daß das Finanzgesetz notwendig war, wegen der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in den Gemeinden, so ist das eine Behauptung, die allen Tatsachen ins Gesicht schlägt. Im Böhmen ist die Belastung durch Staatssteuern von 1913 bis 1928 um 168 Prozent, die durch Gemeindeabgaben aber nur um 40 Prozent gestiegen. Nicht von einer Mißwirtschaft in den Gemeindefinanzen, sondern in den Staatsfinanzen muß gesprochen werden. Der Staat hat die Selbstverwaltungskörper an dem Rand des Abgrundes gebracht.

Redner schildert nun die finanzielle Lage der Bezirke und Gemeinden unter Anführung zahlreicher Beispiele. So aus Karlsbad, Reudel, Mtsch, Komotau, Teplitz, Aussig, Bodenbach und charakterisiert das Vorgehen der Regierung und ihrer Mehrheit als Verwaltungskadaverismus, für den die Sozialdemokratische Reparationen fordern wird.

Der. Strauß bekräftigt sich sodann im Besonderen mit dem Landesbudget und zeigt an der Verteilung der Ausgaben, welches Unrecht an den Arbeitern im allgemeinen und an den deutschen Arbeitern im Besonderen begangen wird.

Auf der einen Seite werden Länder, Bezirke und Gemeinden vom Staate um viele Millionen Umlagen betrogen, auf der anderen Seite zwingt man ihnen unsoziale Abgaben auf.

Die Lasten ruhen auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung. (Widerspruch bei den deutschen Agrariern) Genosse Strauß wendet sich sofort gegen diese Zwischenrufer und ruft ihnen zu: Sie, meine Herren, berufen sich darauf, daß Sie die direkten Steuern zahlen, aber schauen Sie nur nach, was die indirekten Steuern ausmachen, die die konsumierende Bevölkerung bezahlen muß! Von den gesamten Landessteuern im Verlage von 16 Millionen entfallen 61 Millionen auf die Biersteuer und 2 Millionen auf die Spiritussteuer. Schauen Sie sich weiter die Vorschriften über die Einhebung von Gemeindeabgaben nach dem neuen Gemeindeabgabengesetz an. Da finden Sie wieder nur lauter indirekte Abgaben, vom Wasserzins bis zur Beerdigungsgebühr!

Lauter indirekte Abgaben, darin bestand die ganze Finanzlunzi Ihres Herrn Dr. Englis, darin besteht die bürgerliche Finanzpolitik überhaupt!

Das ganze Umlagenystem ist zu verwerfen und wir verlangen eine neue Verteilung der Steuerhöhe unter den Staat und die Selbstverwaltungskörper, ein

Finanzausgleichsgesetz,

das die Grundlage der künftigen Verwaltung werden muß. Dieser Finanzausgleich muß auch die Bürgerlichen dafür erhalten, daß die deutschen Steuergelder dem deutschen Volke zukommen. Das Gesetz über die Verwaltungsreform und das Finanzgesetz sind der Strich um den Hals einer freien Selbstverwaltung, sie müssen verschwinden, wenn eine demokratische, soziale Verwaltung wieder entstehen soll.

Der Kampf um eine bessere Verwaltung ist ein Stück des Kampfes um eine kulturelle und soziale Neuordnung, um den wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg der Menschheit! (Starker Beifall.)

Es folgten Reden und Erklärungen von Vertretern fast aller Klubs, darunter auch die schon erwähnten Erklärungen Professor Kafkas und die folgende Erklärung unserer Fraktion, die

Genosse Mükel

abgab:

Der Herr Landespräsident hat sich in der heutigen Sitzung entgegen der Gepflogenheit in der konstituierenden Sitzung der Landesvertretung nur der tschechischen Sprache bedient. Er hat weiter in einer Versprechung mit den deutschen Klubmitgliedern die Erklärung abgegeben, daß er auch künftighin bei präsidialen Mitteilungen die deutsche Sprache nicht benötigen wird. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Absicht des Landespräsidenten, die es den deutschen Mitgliedern der Landesvertretung unmöglich macht, dem Gange der Verhandlung so zu folgen, wie dies im Interesse einer sachlichen Erledigung notwendig ist.

Die Aenderung des Standpunktes des Herrn Landespräsidenten, welche auf den Einfluß nationalchauvinistischer Kreise zurückzuführen ist, bedeutet eine absichtliche Zurücksetzung der deutschen Mitglieder der Landesvertretung, welche hier ein Drittel der Bevölkerung dieses Landes repräsentieren. Wir werden den Kampf gegen das nationale Minderheitenrecht weiter führen, wobei wir aber der deutschen Bevölkerung immer wieder sagen müssen, daß die deutschen Regierungsparteien, deren Minister die Sprachverordnung vom 29. Dezember 1928 mit unterschrieben haben, sich an dem nationalen Unrecht, welches jetzt an den Deutschen verübt wird, mit schuldig gemacht haben.

Für die Aktivisten sprachen Dr. Schafner (Merklau), Grünm (Gewerbepart.) und Kaiser, der für den Bund der Landwirte sich zwar ebenfalls über die Mißachtung der deutschen Sprache beschwert, aber erklärt, bedingungslos für das Budget zu stimmen. Gebauer (Nat. Zog.) verlangte Vertagung um zwei Wochen, um ein gründliches Studium des

Budgets zu ermöglichen, und künftighin schriftliche Uebersetzungen aller Hilfsmittel ins Deutsche. Dieser Antrag wurde zum Schluß der Sitzung — ebenso wie unser Rückverweisungsantrag — abgelehnt.

Die Zusicherung des Landespräsidenten an die deutschen Klubmitglieder, wichtige Mitteilungen durch einen Dolmetsch über setzen zu lassen, wurde auch für den Rest der Sitzung nicht befolgt, so daß die beiden deutschen Anträge einsprachig tschechisch verlesen und einsprachig tschechisch zur Abstimmung gebracht wurden. Hoffentlich treibt der Herr Präsident zumindest binnen Jahresfrist einen Beamten auf, der auch ein paar Worte deutsch vorlesen kann!

Ein gefährliches Manöver der Deutschnationalen.

Gorphyta und der Mieterschutz.

Der Reichsverband deutscher Mittelschullehrer, der von den Deutschnationalen geführt wird und vor allem unter dem Einfluß des Abgeordneten Gorphyta steht, versendet ein Rundschreiben an seine Ortsgruppen, in dem es u. a. heißt:

„Punkt 2. Mieterschutz. Wie verlaunt, soll das bisherige Mieterschutzgesetz auf ein halbes Jahr verlängert werden. In der Zwischenzeit soll die entgeltliche Fassung herauskommen. Natürlich werden die Mietzinsen wiederum erhöht, ohne daß dieser neuerlichen Belastung eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen entgegen wirken würde. Es muß verhindert werden, daß die Valorisierung der Mietzinsrate teilweise auf uns abgewälzt wird, ohne daß eine Erhöhung unserer Bezüge eintritt.

Die Ortsgruppen werden dringend ersucht, zu veranlassen, daß in der Lokalpresse für die sofortige und vollständige Aufhebung des Mieterschutzgesetzes bei gleichzeitiger Erhöhung der Bezüge eingetreten wird.

Erhöhung der Bezüge: Anpassung an die tatsächlich bestehende Teuerung und die zu erwartende Steigerung der Mietzins durch Erhöhung des Grundgebühles, Erhöhung und Einrechnung der Ortszulage in die Pension. In der Presse muß ordentlich Lärm geschlagen werden, sonst glaubt man nicht an die Not der Staatsbeamten.“

Da wollen wir halt einmal ordentlich Lärm schlagen, sonst glauben die Wähler nicht an die Mieterschutzfreundlichkeit des Gorphyta und der deutschnationalen Partei! Was zunächst die feinere „Logik“ des Rundschreibens betrifft, sei an den gefunden Menschenverstand des arbeitenden Menschen appelliert, der sich sagen wird, daß eine gekünstelt festgelegte Erhöhung der Gehälter, die nur annähernd Schritt hält mit den gestiegenen Mietzinsen, nie zu erreichen ist, daß die bürgerlichen Parteien nicht im Traume daran denken, den Staatsbeamten einen Bruchteil dessen zu erheben, was diese den Hausherren mehr zahlen müssen. Daß auch der ratenweise Abbau seine Gefahren hat, bringt den Reichsverband nicht vielleicht auf den Gedanken, sich überhaupt für die Erhaltung des Mieterschutzgesetzes einzusetzen, sondern auf die hahnenbüchene Idee, den unverzüglichen Abbau und die gleichzeitigen Gehaltserhöhungen zu propagieren. Man versuche nur einmal, die Sache durchzurechnen! Ein mittlerer Staatsbeamter zahlt heute für eine

Wohnung in einer Großstadt oder Mittelstadt im Durchschnitt (in alten Häusern) einen Mietzins von 2000 bis 4000 Kronen jährlich, sein Gehalt beträgt etwa 18.000 bis 30.000 Kronen. Die Aufhebung des Mieterschutzes wird die Wohnung auf 6000 bis 9000 K verteuern. Außerdem wird die Steigerung der Mieten eine neue Teuerungswelle zur Folge haben. Kann der Staatsbeamte aber von denselben Bürgerparteiern, die den Mieterschutz abbauen wollen, eine Erhöhung seines Gehaltes um 4—5000 K erwarten? Er wird im besten Falle soviel Hundert mehr bekommen, als er dem Hausherren Tausender mehr zahlen muß.

Doch von den Staatsbeamten abgesehen, sind denn doch auch hunderttausende Privatbeamte und Angestellte, vor allem aber hunderttausende Arbeiter, an der Erhaltung des Mieterschutzes interessiert. Sollen die vielleicht die höheren Mieten und die höheren Steuern tragen, damit die Hausherren ihre valorisierten Renten, die Staatsbeamten allein von allen Schichten der Bevölkerung Zulagen erhalten! An wem wird sich der Reichsverband um Unterstützung wenden, wenn er Gehaltsforderungen stellen wird? Wahrscheinlich an die Organisation der Arbeiter und Angestellten. Und es scheint, daß sich die deutschnationalen Herren wirklich einbilden, sie könnten erst mit den Bürgerparteiern den Mieterschutz abbauen und dann mit Unterstützung der Arbeiter Gehaltsforderungen an den Bürgerhaushalt stellen!

Daß alle lohnarbeitenden Schichten ein Interesse daran haben, den Mieterschutz zu erhalten und Zinserhöhungen überhaupt nur in Form einer Zwangsrente zu öffentlichem Wohnbau zuzulassen, müßte auch den Herren vom Reichsverband der Mittelschullehrer eingehen, wenn sie ein wenig nachdenken. Es dürfte auch gar nicht so sein, daß sie es nicht sapient hätten, vielmehr so, daß die deutschnationalen Herrschaften unter Gorphytas Führung den Versuch machen, ihre Kollegen einzuleiten und in den Dienst des großstädtischen Häuserkapitalismus zu stellen. Man wird ja sehen, ob sich wirklich Dumme finden, die der hirnkräftigen Parole folgen. Sollte der Reichsverband der Mittelschullehrer tatsächlich zum Vorhahn der Hausherreninteressen werden, dann müßte er sich aber auch klar darüber sein, daß er mit seinen Gehaltsforderungen bei den unter die Räder kommenden Arbeitern und Angestellten kein Verständnis finden könnte!

Daß alle lohnarbeitenden Schichten ein Interesse daran haben, den Mieterschutz zu erhalten und Zinserhöhungen überhaupt nur in Form einer Zwangsrente zu öffentlichem Wohnbau zuzulassen, müßte auch den Herren vom Reichsverband der Mittelschullehrer eingehen, wenn sie ein wenig nachdenken. Es dürfte auch gar nicht so sein, daß sie es nicht sapient hätten, vielmehr so, daß die deutschnationalen Herrschaften unter Gorphytas Führung den Versuch machen, ihre Kollegen einzuleiten und in den Dienst des großstädtischen Häuserkapitalismus zu stellen. Man wird ja sehen, ob sich wirklich Dumme finden, die der hirnkräftigen Parole folgen. Sollte der Reichsverband der Mittelschullehrer tatsächlich zum Vorhahn der Hausherreninteressen werden, dann müßte er sich aber auch klar darüber sein, daß er mit seinen Gehaltsforderungen bei den unter die Räder kommenden Arbeitern und Angestellten kein Verständnis finden könnte!

Senatsparteien gegen Finanzministerium.

Wegen eines Antrages auf Erhöhung der Richtergehälter.

Im Senat hatten die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, die tschechischen Nationalsozialisten und die Regierungsparteien Anträge auf Regelung, beziehungsweise Erhöhung der Gehälter der Richter überreicht. Ueber diese Anträge hat eine von den Regierungsparteien eingeleitete Kommission beraten und gestern erstattete nun Senator Lutes im Verfassungsausschuß den Bericht. Aus allen vorgelegten Anträgen soll ein neuer Antrag verfaßt werden, der eine Erhöhung der Gehälter der Richter vorsieht. Ob diese Erhöhung ausreichend ist, kann heute noch nicht gesagt werden, weil der Antrag an die Ausschußmitglieder noch nicht verteilt wurde und die bloße mündliche Berichterstattung ein endgültiges Urteil über den gestellten Antrag nicht zuläßt. An der Debatte beteiligten sich die Mitglieder nahezu aller Parteien. Genosse Dr. Heller erklärte in Uebereinstimmung mit den Mitgliedern der anderen Oppositionsparteien, daß er bereit ist, den vorgelegten Antrag als Grundlage der Verhandlung anzunehmen und beantragte die Vorlage der Mitglieder des Ausschusses ehestens zuzustellen, und dann wiederum in kürzester Zeit eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses einzuberufen, in welcher auch über die Bedeutung Beschlusses gefaßt werden soll.

Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte in überaus brüster Form, daß mit Rücksicht auf die in Angriff genommene Aenderung der Systemisierung, die Erhöhung der Richtergehälter derzeit nicht platzgreifen könne und daß sein Ministerium nicht zuzustimmen. — Gegen diese Ausführungen wandten sich in äußerst scharfer Weise die Mitglieder des Ausschusses und der Vorsitzende und es wurde beschloffen, ohne Rücksicht auf die Einwendungen des Finanzministeriums in den Beratungen fortzufahren und diese zu Ende zu führen. Hierauf wird ein achtgliedriges Subkomitee eingesetzt.

Kommunistische Wahlhilfe für die Deutschnationalen.

Freitag, den 15. d. M. wurde, wie der „Freigeist“ berichtet, bei der Firma Hermann Müller in Grottau der Arbeiterbetriebsausschuß neu ge-

wählt. Eingebbracht wurden zwei Kandidatenlisten, u. zw. die der Union der Textilarbeiter und jene des deutschsozialen Gewerkschaftsverbandes. Die Kommunisten hatten es unterlassen, eine Kandidatenliste einzubringen, höchstwahrscheinlich hatten sie, während sie die richtige Linie suchten, den Zeitpunkt zur Einbringung der Kandidatenliste veräumt; oder sind die bolschewistischen Arbeiter bei der Firma Hermann Müller so revolutioniert, daß sie sich schon nicht mehr trauen, dem Unternehmer gegenüberzutreten?

Die Union der Textilarbeiter erhielt 97 Stimmen und 2 Mandate, im Vorjahre 51 Stimmen und kein Mandat, Gewinn 2 Mandate. Deutschnationalen erhielten 194 (früher 140) Stimmen und 5 Mandate (früher 3). Leere und ungültige Stimmen wurden 114 abgegeben. Bei der Wahl 1928 erhielt die bolschewistische Partei 245 Stimmen und vier Mandate.

Selbst wenn man den Kommunisten sämtliche leeren und ungültigen Stimmen zurechnet, so haben sie mehr als die Hälfte ihrer Wähler eingebüßt und eine ihrer besten Positionen verloren.

Der Klassenkampfcharakter der kommunistischen Organisation kam bei dieser Wahl sehr deutlich zum Ausdruck: durch die Abgabe leerer Stimmzettel verhalfen die Kommunisten den Deutschnationalen zur Mehrheit im Betriebsausschuß.

Hoffentlich werden sich die Deutschnationalen den Kommunisten gegenüber für die ihnen geleistete Schützenhilfe erkenntlich zeigen und einsehen, daß der Radikalismus dieser Organisation nur in radikalen Phrasen besteht, daß sie sich aber in Wirklichkeit durch nichts von den Hakenkreuzern und Deutschnationalen unterscheiden.

Herr Dr. Stradal bittet um Amnestie.

Wie aus der Tagespresse bereits bekannt, wurde Stadtrat Dr. Karl Heinrich Stradal, Teplitz-Schönan im Zuge seiner zahlreichen Strafprozesse wiederholt verurteilt. Aus der jüngsten Zeit wären die Strafurteile in den Prozessen Dr. Vogman (3000 K), Dr. Klein (3000 K), Senator Dr. Heller (500 K oder zusammen 18 Tage Arrest) zu erwähnen. Nun wurde Herr Dr. Stradal vom Bezirksgerichte Teplitz-Schönan aufgefördert, die Geldstrafen zu erlegen, worauf er ein Gesuch vom 12. Feber 1929 einreichte, in welchem er im wesentlichen folgendes ausführte:

„Ich bin von der Zukunft dieser Wohnung überrascht, da ich der Ansicht bin, daß meine Angelegenheit unter die Amnestie des Herrn

Am 7. April 1929, um 9 Uhr vormittags, findet in Teplitz-Schönan, Veranda des städtischen Kurhauses, die

II. Reichs-Türfortagung

statt.

Tagesordnung:

- 1.) Die Arbeiterfürsorge, ihre Bedeutung und ihre Ziele. Referentiu Genossin Regierungsrat Dr. Hedwig Wachenheim, Berlin.
- 2.) Soziale und sozialhygienische Aufgaben der Arbeiterfürsorge. Referent Herr Dr. Theodor Gruschka, Stadphysikus, Aussig.
- 3.) Arbeiterfürsorge und Arbeiterbewegung. Referent Genosse Franz Köglert, Bodenbach.

Teilnahmeberechtigt an dieser Tagung sind die Vertreter der Partei, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Kulturorganisationen, sowie die Krankenversicherungsverbände, die Bezirkskrankensicherungsanstalten und die eingeladenen sozialpolitischen Korporationen. Die Einladungen gelten nicht nur für die zentralen Kreis- und Bezirksstellen und für die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Verbandsleitungen, sondern auch für die lokalen Stellen dieser Korporationen. Ueber die Zahl der Delegierten entscheidet die delegierende Körperschaft.

Quartierbestellungen sind an die Adresse: Heinrich Kremser, Teplitz-Schönan, Tischlergasse 6, zu richten.

Die Anmeldungen der Teilnehmer eruchen wir bis spätestens 3. April an das Parteisekretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei oder an die Geschäftsstelle des Verbandes „Arbeiterfürsorge“, Prag II., Keltajanska 18, zu richten.

Präsidenten der Republik vom 19. Oktober 1928 fällt:

Ich bitte somit, mir die Wohltaten der Amnestie zu erkennen.

Ich geheate mir, darauf hinzuweisen, daß gemäß Erlaß des Justizministeriums vom 19. Oktober 1928, J. 41.962, Bg. Bl. Nr. 82, bei der Auslegung aller Bestimmungen der Amnestie mit Wohlwollen vorzugehen und der allgemeine Grundgedanke des Strafrechtes „in dubio mitius“ anzuwenden ist.

Ich bitte insbesondere zu berücksichtigen, daß ich zweimal vom Bezirksgerichte Teplitz unter Zustimmung des Verurteilungsorgans verurteilt wurde, weil ich allfällige Werturteile über eine Politik gefällt habe, die die Grundlagen des bestehenden Staates regiert.

Ich kann dem noch hinzufügen, daß ich selbstverständlich keine gesetzlichen Mittel unversucht lassen werde, um eine gesetzmäßige Überprüfung der Urteile zu erreichen.

Denn ich halte es für ausgeschlossen, daß es mit dem Wesen der Strafrechtspflege, ja überhaupt mit dem Wesen des Rechtschutzes vereinbar ist, daß die Gerichte der tschechoslowakischen Republik ein in durchaus möglicher Form erfolglos abgefallenes Urteil und ironische Bemerkung über eine gesetzwidrige hochverräterische Parole eines politischen Führers in Strafe nehmen und dadurch gewissermaßen der hochverräterischen Parole den ehrenrührlichen Schutz der tschechoslowakischen Staatsgewalt zuteil werden lassen.

Eine Bemerkung zu diesen Ausführungen hinzuzufügen hieße, ihren Charakter abschwächen.

Glänzender Gemeindevahlerfolg in Konstantinsbad!

In Konstantinsbad, pol. Bezirk Plan, fanden Sonntag, den 17. März, die Wahlen in die Gemeindevertretung statt. Unsere Partei kandidierte dort zum erstenmal. Die bisherigen alleinigen Inhaber der Vertretungsmandate kandidierten, um uns Abbruch zu tun, auf zwei Listen. Unsere Liste (Nr. 1) erhielt 120 Stimmen und sechs Mandate, die Liste der deutschen Gewerkschaft (Nr. 2) erhielt 62 Stimmen und 3 Mandate, die Liste der Arbeiter- und Wirtschaftsgemeinschaft (Nr. 3) erhielt 59 Stimmen und 3 Mandate. Von diesem Erfolg waren selbst unsere Genossen überrascht. Hatten es doch die Gegner verstanden, den Führer unserer dortigen Bewegung im Wählerverzeichnis auszulassen, wodurch sie hofften, unsere Wählerschaft zu zerreißen. Es kam anders. Die Wähler und zwar alle, die Arbeiter, die Festbedienten, Häuser- und Frauen wählen sozialdemokratisch. Gegenüber den Bezirkswahlen gewannen wir 34 Stimmen. Die Hälfte der Gemeindevorteiler im Kurort Konstantinsbad sind sozialdemokratisch. Damit ist der Beweis erbracht, daß unsere Bewegung im agrarischen Böhmer Bezirk ebenfalls vorwärts kommt.

Tagesneuigkeiten.

Soldatenselbstmorde ohne Ende.

Einmal ein bekanntes Motiv.

Wie unserer „Volkswacht“ berichtet wird, hat sich in der vorigen Woche ein Soldat des Grenzjägerbataillons Nr. 7 in Freiwaldau erschossen. Das Motiv der Tat soll darin zu suchen sein, daß dem Soldaten sein Schlittengepann durchging und dem Soldaten für dieses Versehen eine Strafe auferlegt wurde.

Revolte im Erziehungshaus.

Berlin, 21. März. In dem Erziehungshaus im Waldfrieden in Lichterode bei Berlin wurden heute 16 Jünglinge gegen eine Erzieherin rabiat, machten großen Lärm und gingen sogar mit Stühlen gegen sie los. Der Vorsteher der Schüler mußte schließlich das Uebel-fallkommando rufen, das die Ordnung wieder herstellte. Zwei Nadelstichführer wurden in Haft genommen.

Sämtliche Zeugnisse in einem Gymnasium gestohlen.

Nischaffenburg, 21. März. In der vergangenen Nacht sind im humanistischen Gymnasium in Nischaffenburg sämtliche Schlußzeugnisse der Schüler der ersten bis 8. Klasse gestohlen worden. Die Heftzeugnisse sind unverfehrt. Es handelt sich um mehrere hundert Zeugnisse. Nachforschungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

Die Rutenberger Mordaffäre.

Zwei Krankenhausbdiener verhaftet.

Seitern wurden die Rutenberger Krankenhausbdiener Sychora und Spulik einem langen Verhör unterzogen, verhaftet und dem Kreisgerichte Rutenberg in Untersuchungshaft übergeben. Der Grund liegt darin, daß in ihren Arbeitsmänteln Splitter vorgefunden wurden, die in Prag bei der mikroskopischen Untersuchung durch den Toxikologen Prof. Dr. Svagr von der ischischen Technik als Glas-splitter identifiziert wurden. Wie bekannt, wurde Dr. Gymbalow durch Beimengung von pulverisiertem Glas in die Speisen ermordet.

Ausbeutung unter dem Schein der Wohltätigkeit? In der christlichen „Deutschen Presse“ finden wir folgendes Interat:

Deutsches Mädchen.

Mädchen, kinderlos, zu Jahr. Mädel, die an der Strickmaschine Strümpfe und Sportwaren stricken lernen. In der Haushaltung für den Lohn von 150.— ausgeben will, wird bei Wäpfiger Familie in Prag aufgenommen. . .

Die edle Familie will also nicht nur dem Dienstmädchen, das da gesucht wird, 150 K Monatslohn auszahlen, sondern ihm auch die Herstellung von Strümpfen und Sportwaren beibringen. Wie gutig! Mit den Waren treibt man dann jedenfalls Handel, der sich lohnen dürfte, da ja die Arbeitskraft nichts kostet! Ja, das ist eben christlicher Arbeitsinn.

Ritualmordmärchen. In Boskowitz kam es infolge einer Ritualmordhete zu einem Zwischenfall, der leicht zu ernstlichen Folgen für die jüdische Bevölkerung der Stadt hätte führen können, aber dank dem schnellen Eingreifen der Polizei rechtzeitig beigelegt wurde. Das Dienstmädchen des Boskowitzener Rabbiners war an den Folgen einer Leuchtgasvergiftung gestorben. Antisemitische Heber verbreiteten das Gerücht, das christliche Mädchen sei, jezt vor den Ostertagen, zu rituellen Zwecken getötet worden. Eine erregte Menge belagerte das Haus des Rabbiners und nahm eine drohende Haltung ein. Die rechtzeitig benachrichtigte Polizei zerstreute die Menge. Gegen die Urheber der Anstiftung wurde die gerichtliche Verfolgung eingeleitet.

Unschuldig zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt! Im Tschener Bezirk wurde vor zwei Jahren der Gattinverstoßener Sternlichter ermordet. Der Mörder Kopic, der zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde, bezeichnete als Mörder den J. Vojcik aus Polnisch-Tschesch, der gleichfalls lebenslänglichem Zuchthaus erhielt. Kopic erkrankte nun schwer und am Tode arbeitete er das Geständnis ab, daß Vojcik mit dem Mord überhaupt nichts zu tun habe. Vojcik, der daher zwei Jahre unschuldig im Kerker saß, wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Kopic starb zwei Tage nachher.

Eisenbahnertod. Mittwoch nachmittag geriet auf dem Bahnhof in Eger auf einem Reparaturgleise im Heizhaus der 13jährige Bahnangestellte Johann Wagner beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Waggonen und erlitt einige Rippenbrüche und mehrere Verletzungen. Wagner ist bald nach seiner Einlieferung in das Egerer Krankenhaus gestorben. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

In dem Familien-drama von Kaltenbach wird uns noch mitgeteilt. Die Schreckensstat der Frau Seidl, die, wie bereits gestern gemeldet, ihre drei Kinder und sich selbst erhängt hat, ereignete sich nicht Mittwoch vormittags, sondern Dienstag nachmittags. Frau Seidl, die schon seit einigen Tagen Anzeichen geistiger Störung zeigte, verließ mit den Kindern, als sich ihr Mann in der Arbeit befand die Wohnung und begab sich in den

Gajda, Dr. Branzobsky und elf Faschisten unter schwerer Anklage.

Der Raubüberfall von Szazawa neuerlich vor Gericht.

Prag, 21. März. Heute begann der neue Prozeß gegen die Teilnehmer an dem Raubüberfall des Min. Rat. Borel in Szazawa, da in der Zwischenzeit ganz neue Momente an den Tag gekommen sind, die mit dem Überfall zusammenhängen. Aus der Anklage geht hervor, daß der abgeleitete General Gajda und der verantwortliche Redakteur des Faschistenblattes „Riska Straz“, der Advokat Doktor Branzobsky, mit dem Fall in direkter Beziehung stehen und Mitschuldige haben. Außerdem sind eine ganze Anzahl neuer Personen angeklagt, die an dem Überfall beteiligt waren, bzw. Vorschub geleistet haben.

Den Vorsitz des Senats führt ODBN. Majal, die Verteidigung der Angeklagten hat der aus den Faschistenprozeß bekannte ehemalige Richter des Prager Landesgerichtes, ODBN, i. P. Erhart, übernommen, ein Teil der Angeklagten wird von Dr. Duskal verteidigt, der aus den Faschistenprozeß auch bekannt ist, MDr. Branzobsky läßt Dr. Mellan sein Glück versuchen, ihm aus dieser Affaire zu helfen.

Die Vorgeschichte des ganzen Falles ist ja bekannt. Die Teilnehmer des Raubüberfalls, die den Min. Rat Borel bei Nacht und Nebel in seinem Sommerhause überfielen, ihm in Gegenwart von Frau und Kindern den Revolver an die Brust setzten, damit er ein Dokument, das sich mit dem Diktierverfahren gegen Gajda befaßte, herausgäbe, standen im Oktober d. J. 1927 vor ihren Richtern. Wir haben uns damals mit dem auf-fallend milden Urteil befaßt, nach welchem die drei Angeklagten Koller und Hertes je sechs Monate schweren Kerkers erhielten, der dritte Angeklagte Chyba nur vier Monate. Während der Zwischenzeit wurden aber neue Teilnehmer an dem Überfall ermittelt und auch diejenigen Personen ermittelt, die den Plan ausgeführt hatten.

So haben sich alsbald heute zu verantworten: Anton Hoznourel, 34 Jahre alt, Schneider aus Kufka, Josef Klecka, 23 Jahre alt, Kommissar, Rudolf Pfenkil, 47 Jahre alt, Kaufmann, Vladimír Sziel, 25 Jahre alt, Chauffeur.

Diese vier Angeklagten stehen unter der Anklage der öffentlichen Gewalttätigkeit durch das gewaltsame Eindringen in eine fremde Behausung, ferner verantworten sich:

- Jindřich Zimn, 21 Jahre alt, Student der Universität,
- Dr. Jif Branzobsky, 31 Jahre alt, Advokat, Redakteur des Faschistenblattes „Riska Straz“,
- Jaroslav Teřba, 33 Jahre alt, Kaufmann,
- Vojmisl Machan, 29 Jahre alt, Beamter, jezt Soldat,
- Miroslav Rebrnsky, 22 Jahre alt, Buchhalter, jezt Soldat (Charge: Zugführer!!),

diese Angeklagten haben sich wegen Mitschuld an dem abgemauerten Verbrechen zu verantworten. Endlich verantworten sich wegen Vorschubleistung durch Verheimlichung des ihnen bekannten Verbrechens:

- Rudolf Gajda, Apothekergehilfe, ehemals General der russischen Legionen, 37 Jahre,
- Ottokar Křiz, 48 Jahre, Schneider,
- Jan Scheinost, 33 Jahre, Journalist,
- Jan Jareš 50 Jahre, Schneider,

außerdem verantwortet sich Klecka wegen unbefugten Waffentragens.

Die Vorgeschichte des Falles ist also kurz folgende: Der Sekretär der Faschistengemeinde Zimn handte ein paar Mitglieder der Faschisten nach Szazawa zum Votallangenschein für den Raubüberfall. Am 30. August führte der Chauffeur Sziel Wald. Was sich dort abspielte, kann man nur vermuten. Am Nachmittag wurde sie und die Kinder erhängt und natürlich tot aufgefunden. Die Kinder befanden sich im Alter von 4, 5 und 9 Jahren.

„Rette Tochter“. In einer Schweizer Zeitung, dem „Zofinger Blättli“, erschien dieser Tage folgendes Interat: „Heirat. Rette Tochter, 32 Jahre alt, die der Erbfindung entgegensteht, wünscht die Bekanntschaft zwecks baldiger Heirat mit solchem Arbeiter, der auf keine Aussteuer trachtet.“

Wir dürfen wohl annehmen, daß sich in der ganzen Schweiz kein so dummes Arbeiter finden wird.

Angetretener Briefträger. Der Landbriefträger Ott, der die Postzustellung von Eger nach Treunitz zu besorgen hatte, ließ sich verschiedene Unterschlagungen von Geldern, die ihm von den Bauern zur Weiterbeförderung anvertraut wurden, zuschulden kommen. Da Ott keine Möglichkeit mehr sah, die durch seine Unterschleife entstandenen Fehlbeträge durch immer neue Unregelmäßigkeiten zu decken, stellte er sich selbst der Behörde.

Zwei Todesopfer eines Hauseinsturzes. Mittwoch abends stürzte in Hünflich ein Familienhaus ein. Zwei Hauseinwohner, ein älterer Mann und eine Frau, wurden getötet, vier andere schwer verletzt. Die Katastrophe dürfte durch das plötzliche Aufweichen des gefrorenen Bodens hervorgerufen worden sein.

Tragisches Ende eines Scherzes. Der 27-jährige V. Smykal aus Friedel und der 7-jährige aus Pusloveh waren gute Freunde. Dieser Tage schänderte Smykal im Scherz gegen Pav-

mit dem Auto des Jng. Jastřba Dr. Branzobsky, Teřba und Zimn nach Szazawa. Es war ein Sonntag, der Überfall war für den nächsten Tag geplant. Dann kamen Hoznourel, Teřba, Zimn, Koller, Hertes, Cernuska und Dr. Branzobsky zusammen und verpflichteten sich hier durch gegenseitiges „Ehrenwort“, nichts zu verraten. Dr. Branzobsky verlangte, daß man Nachschlüssel verschaffe, die tatsächlich besorgt wurden. Nebenstz brachte zwei Revolver, einen für sich, einen für Koller. Hertes und Koller erhielten von Zimn 200 K und dann fuhr er mit dem Auto in Begleitung von Cernuska und Hoznourel zum Willkührhause und von hier nach Čerčan. Dort erwarteten sie den Teřba und Zimn, die mit dem Auto nachkommen sollten. Klecka traf Zimn und Teřba auf den Straßen, bekam 20 K mit dem Auftrag, jezt auch nach Čerčan zu reisen. Später wurde der Antrag Teřbas angenommen, daß Jareš, Klecka und Machan in Čerčan bleiben sollten, weil man am Sonntag zu viel Leute in Szazawa vermutete. Die anderen kehrten nach Prag zurück und hatten hier im Gasthause „Jun Tiger“ eine neue Zusammenkunft. Es wurde beschlossen, mit dem Auto neuerlich nach Čerčan zu fahren, das Auto sollte Feuer für Verfügung, der es selber lenkte. Der Plan wurde jezt fest und Koller sollte mit vier Faschisten eindringen und die Dokumente rauben, während die andern Dr. Borel in Szach halten sollten. Inzwischen hatten Hertes und Klecka ausführliche Erkundigungen in Szazawa an Ort und Stelle eingeholt und Sonntag telephonierte Hertes dem Kaufmann Borel nach Prag um weitere Anweisungen. Während er telephonierte, kamen bereits zwei Autos mit den Beteiligten an. Machan, ein Helfershelfer, entlockte nun den Plan, jeztlich früh in die Wohnung einzudringen. Koller und Hertes sollten mit Revolvern bewaffnet sein, Klecka und Hoznourel am Ganze warten. Chyba und Pfenkil vor der Villa aufpassen. Was dann geschah, ist bekannt, Hertes raubte wirklich ein paar Schriften, Koller hielt die Anwesenden mit dem Revolver in Szach.

Dann fuhr man nach Prag. Bereits um 8 Uhr früh kam Gajda ins Sekretariat und forderte Postal auf, für zwei Eurschen Geld für eine Reise von Prag bereitzustellen. Der Kassier sandte ein Geld in die Bank und Hertes und Klecka erhielten Geld, um jezt nach Prag zu reisen. Abends kam der Chauffeur Gajdas ins Sekretariat und erkundigte sich nach Teřba und Zimn. Koller fragte ihn ob der Herr General Gajda schon die Dokumente aus Szazawa besitze. Der Chauffeur gab die Auskunft, daß zu wenig Schriften aus Szazawa gebracht wurden und daß der Vies des Präsidenten an Dr. Borel, die Angelegenheit zu beschleunigen, fehle. — Es wurde nicht ermittelt, ob die Waffen nicht von Gajda besorgt wurden. Sicher ist, daß er die Teilnehmer mit Geld versorgte, damit sie aus Prag verschwinden können. Hoznourel und Klecka gaben dies auf der Polizei selber zu. Dr. Branzobsky erklärt keine Anwesenheit in Szazawa mit dem zehnjährigen Zuchen einer Sommerwohnung (1). Gajda bezeichnet es als einen Naheakt Sozialis, der aus der Faschistengemeinde entlassen wurde.

Die Anklage wird wiederum von Dr. Grabs vertreten.

In der heutigen Verhandlung wurde zuerst Hoznourel einvernommen, der zugibt, in Szazawa gewesen zu sein. Klecka, der die Sache später aufdeckte, nachdem er in Rot geraten, einen Selbstmordversuch beging, widerruft heute alle seine früheren Angaben und bezeichnet sie als eine Erfindung. Die beiden Angeklagten konfrontiert, erklären, einander bloß vom „Sehen“ zu kennen. Die Einvernahme der Angeklagten dürfte noch den ganzen morgigen Tag in Anspruch nehmen.

vecla einen Schneeballen, ohne den Freund zu treffen. Pavrecla, der in der Hand einen kleinen Hammer hielt, schlenkerte ohne Ueberlegung den Hammer gegen Smykal. Er traf ihn am Kopf derart unglücklich, daß Smykal am Sonntag im Friedelers Krankenhaus verschieden ist.

Bei dem Jugozusammenstoß auf der Grede Torontó-Winnipeg wurden 17 Personen getötet und 5 schwer verletzt.

Fünf Mädchen verbrannt. Bei einer Vorstellung lebender Bilder in einem Vorstadt-Theater von Savanna verbrannten fünf Mädchen.

Beim Aufstauen einer Wasserleitung in Eger bei Eger explodierte ein hierzu verwendeter Dampfessel. Durch den Sprungschlag wurde ein Installateur 13 Meter weit an die gegenüberliegende Hauswand geschleudert, wodurch ihm ein Arm abgerissen und der Schädel vollkommen zertrümmert wurde.

Schrecklicher Tod eines blinden Passagiers. Auf dem Dache des Heizwagens des Rischer Personenzuges wurde die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Der Verunglückte scheint als blinder Passagier gerüst zu sein und dürfte während der Durchfahrt durch einen Tunnel den Tod gefunden haben.

Die Arbeitergesangsvereine Ungarns teilen mit, daß Sonntag, den 24. März, 8 Uhr abends im Budapestler Stadion (Wellenlänge 545) der Budapest Allgemeine Arbeitergesangsverein (Männer-Chor) und der Budapestler Buchdrucker-Arbeitergesangsverein (Gemischter Chor), Chorleiter Dr. Josef Uj, ein Radio-Konzert geben.

Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit. Mittwoch abends sprang der 21jährige Rommis Gottlieb E. in Prag-Zizov in selbstmörderischer Absicht aus dem zweiten Stockwerk auf die Gasse und wurde in schwerer

Vom Rundfunk.

Empfehlenswerter aus den Programmen.

Samstag.
Prag: 10.30 Schallplattenmusik, 11.15 Konzert, 15.00 Schallplattenmusik, 16.30 Populäre, Sonntag, 18.00 Deutscher Abend, 19.15 Konzert, 20.00 Konzert, 21.15 Konzert, 22.15 Konzert, Montag, 10.30 Konzert, 11.15 Konzert, 12.15 Konzert, 13.15 Konzert, 14.15 Konzert, 15.15 Konzert, 16.15 Konzert, 17.15 Konzert, 18.15 Konzert, 19.15 Konzert, 20.15 Konzert, 21.15 Konzert, 22.15 Konzert, Dienstag, 10.30 Konzert, 11.15 Konzert, 12.15 Konzert, 13.15 Konzert, 14.15 Konzert, 15.15 Konzert, 16.15 Konzert, 17.15 Konzert, 18.15 Konzert, 19.15 Konzert, 20.15 Konzert, 21.15 Konzert, 22.15 Konzert, Mittwoch, 10.30 Konzert, 11.15 Konzert, 12.15 Konzert, 13.15 Konzert, 14.15 Konzert, 15.15 Konzert, 16.15 Konzert, 17.15 Konzert, 18.15 Konzert, 19.15 Konzert, 20.15 Konzert, 21.15 Konzert, 22.15 Konzert, Donnerstag, 10.30 Konzert, 11.15 Konzert, 12.15 Konzert, 13.15 Konzert, 14.15 Konzert, 15.15 Konzert, 16.15 Konzert, 17.15 Konzert, 18.15 Konzert, 19.15 Konzert, 20.15 Konzert, 21.15 Konzert, 22.15 Konzert, Freitag, 10.30 Konzert, 11.15 Konzert, 12.15 Konzert, 13.15 Konzert, 14.15 Konzert, 15.15 Konzert, 16.15 Konzert, 17.15 Konzert, 18.15 Konzert, 19.15 Konzert, 20.15 Konzert, 21.15 Konzert, 22.15 Konzert.

legtem Zustand ins Allgemeine Krankenhaus überführt. Grund seiner Tat: Arbeitslosigkeit.

Selbstmord. In einem Litaner Hotel hat sich in der Nacht auf Donnerstag der Brünner Kaufmann Franz Popst erschossen. Als ihn der Portier früh wachungsgemäß werden wollte, fand er ihn mit durchschossener Schläfe tot vor. Nach einem hinterlassenen Briefe hat Popst den Selbstmord aus Lebensüberdruß begangen. Dem Hotelpersonal hinterließ er 100 K für das Aufsuchen. In einer Mitteilung an den Hotelier entschuldigte er sich, daß er ihn durch seine Tot Unannehmlichkeiten bereitere.

Eine billige zwoeltägige Pfingstfahrt nach Dresden (19. und 20. Mai 1929) veranstaltet die Urlaub-Reise-Organisation Bodendach. Das Programm sieht die Besichtigung der Stadt, des Arbeitsnachweises, der Gemäldegalerie, des Zeitz Planetariums, des Zoo und der Ausstellung „Reisen und Wandern“ unter fachkundiger Führung vor. Die Reisekosten betragen ab Bodenbach K 155.—, ab Ebersbach K 165.— und ab Warnsdorf K 172.—. Darin sind einbezogen: Bahnfahrt Bodenbach—(bzw. Ebersbach—, Warnsdorf—) Dresden tour—retour 3. Klasse, Päßgebühren, 1 Frühstück, 2 Mittag- und 1 Abendmahl, Ueberrnachtung Eintritt Planetarium, Zoo, Ausstellung, alle Besichtigungen und Fahrungen, Trinkgelder, Reiseabzeichen und eventuelle Straßenbahnfahrten. Anmeldungen werden bis 4. Mai in Bodenbach: Uro-Kanzlei, Dresdenstraße 888; Kuffig: Sozialdemokratisches Parteisekretariat, Dresdenstraße 5/11; Teplich-Schönau: Ortsgruppe des Allgemeinen Angestellten-Verbandes, Eichwalderstraße 39; Benzen: Sozialdemokratisches Parteisekretariat, Wühlgasse; Böhm.-Kamnis: Sozialdemokratisches Parteisekretariat, Rogmark; Rumburg: Johann Wollmann, Bezirkskrankensicherungs-Anstalt und Warnsdorf: Sozialdemokratisches Parteisekretariat, Vereinshaus, entgegengenommen, wofelbst Prospekte erhältlich und nähere Auskünfte erteilt werden.

Von der Deutschen Universität in Prag. Wegen Melikung der Amtsräume bleibt die Rektoratskanzlei und die Quäntur der Deutschen Universität von Dienstag, den 26. bis Donnerstag, den 28. ds. für den Parteienverkehr geschlossen.

Hochkultur der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft. Die Deutsche Pestalozzi-Gesellschaft hält in dieser Woche in Brünn einen Hochkulturs ab, der alle Gruppen der Lehrerschaft von der Volksschule angefangen bis zur Hochschule unter der Fahne Pestalozzi zu erster Arbeit vereinen soll. Unter dem Vorstehe des Rektors der Deutschen Technischen Hochschule Prof. Dr. Bissner fand gestern im kleinen Festsaal des Deutschen Hauses ein Begrüßungsabend statt. Nach zwei vom Streichchor des Brünner Männergesangsvereines zum Vortrage gebrauchten Musikstücken ergriff Rektor Ufner das Wort und begrühte außer den Vertretern der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft Vertreter des Landeskollegiums und der Stadtgemeinde und dankte von Brünn Herren für die geleisteten Vorarbeiten. Bürgermeistervertreter Katschinka führte aus, daß die Bildung über die ein Lehrer verfügt, keinestwegs seine Privatfache sei, sondern daß er darüber sowohl der Schule, als auch seinem Volke Rechenschaft schuldig sei, die beide das gleiche Recht an ihn hätten. Ein weiter Horizont behindert den Lehrer nicht, wie man früher meinte, daß er sich in die Sphäre des Kindes einzufühlen könne. Daher müsse die Gesellschaft den Kampf um ihre eigenen Bildungsmöglichkeiten führen. Der Vizepräsident der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft Univ.-Prof. Dr. Otto von Prag verwies darauf, daß man in Oesterreich Deutschland in dieser Zeit das Fest des Kindes feiern. Die hiesige Gesellschaft glaube aber, daß das beste Fest das Fest der Tat sei. Hier sei man zusammengekommen, um diese Tat, die Werte und Werke schaffe, den Boden zu bereiten.

Ein Schimpanse bombardiert Gäste. Der Besitzer eines Pariser Restaurants veranstaltete kürzlich anlässlich der Einweihung eines neuen Saales seines Lokales für seine Freunde und besten Gäste ein Festmahl, bei dem eine heitere Jazzmusik für Verstreuung sorgte. Während sich die Tür und es erschien ein riesiger Schimpanse, der aus Wasser eiste und die tanzenden Paare mit Telfern und Pfaffen bewarf. Die erschreckten Gäste eilten entsetzt hinaus. Der Schimpanse konnte nur mit Mühe von dem Besitzer und den Köchinnen überwältigt und wieder in Ketten gelegt werden. Das Tier war dem Restaurateur von einem Verwandten aus Afrika mitgebracht worden und sollte in der nächsten Zeit dreierlei werden. Die Jazztöne hatten das Tier so wild gemacht, daß es sich seiner Fesseln entledigte und nach dem Rechten sehen wollte. Nezt soll er dem Zoologischen Garten übergeben werden.

Die Bankbeamten steigern ihren Kampf.

In einer riesigen Protestversammlung fordern sie das Recht auf die Straße, um dort die Unnachgiebigkeit ihres Willens zu demonstrieren. Heraus mit dem Betriebsrätegesetz in den Banken!

Die wachsende Empörung der Bankbeamten gegen die Methoden des Bankenverbandes und insbesondere gegen die Diktatur des Finanzkapitals, wie sie durch den Oberdirektor der Zivnostenska banka Dr. Breich repräsentiert wird, wohl aber auch das Verbot der geplanten Versammlung unter freiem Himmel, hat die tschechische und deutsche Beamtenchaft gestern Nachmittag zu Tausenden in den Prager Lucerna-saal geführt, wo sie — natürlich unter Aufsicht eines Regierungsvertreters — in einer gewaltigen Kundgebung gegen das Verhalten des Bankenverbandes protestierten. Der Situationsbericht, der der Versammlung von beiden Organisationen vorgelegt wurde, verzeichnet neuerdings das verjudete Okroi einer neuen Gebaltsregelung durch den Bankenverband, den Sonderstritt der Zivnostenska banka, den Rücktritt des Vorsitzenden des Bankenverbandes und die Verwirrung im Bankenverband, schließlich eine schriftliche Intervention beider Organisationen beim Bankenverband, die dahin auslag, daß die Organisationen zu neuen Verhandlungen bereit sind, wenn der Bankenverband seinen Standpunkt entsprechend modifiziert. Dieser Brief ist zwar nicht beantwortet worden, aber aus dem Bericht geht hervor, daß die Banken nunmehr selbst davon Abstand nehmen werden, am 1. April eine Aenderung der Gehalte durchzuführen, sondern an diesem Tage die alten Bezüge auszahlen werden. Die Regelung in der Zivnostenska banka soll am 1. Juli in Kraft treten, abgesehen von anderen Bedingungen, als in der Vorwoche vom Bankenverband beschlossen wurde.

Die Wirkung der Vorgänge während der letzten Tage spiegelt sich deutlich in der Versammlung wieder, die schon in stürmische Szenen und Pfui-Rufe ausbrach, als der Vorsitzende Sinz das Polizeiverbot charakterisierte und weiter als er das angelegentlichste Verhalten der „Národní listy“ anprangerte. Unter stürmischen Beifall erklärte er, daß der Kampf der Bankbeamten im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung des Staates liegt, der nicht ein Eldorado für einige Bankmagnaten sein dürfe, während der überwiegende Teil der Bevölkerung kümmerlich um die bescheidenste Existenz ringt.

Als erster Referent sprach namens der tschechischen Organisation Sekretär Navrátil, der immer wieder von Beifall und leidenschaftlichen Protest- und Zwischenrufen unterbrochen, das unerhörte Vorgehen der Zivnostenska banka und ihres Oberdirektors Dr. Breich charakterisierte. Die Bankbeamtenchaft durchschaut die Zwischschichtigkeit der Methoden des Dr. Breich und erklärt, daß auch der Vorschlag für die Beamten der Zivnostenska banka nicht akzeptabel ist, weil er einerseits nur einen kleinen Teil der Mindestforderungen der Bankbeamten und andererseits ihre Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtert. (Großer Beifall.)

Mit stürmischem Beifall begrüßt kam dann für die deutsche Organisation Sekretär Genosse Waschak zu Wort: Die Geduld der Kollegen ist zu Ende, sie ist in ihrer Gesamtheit gewillt, den Widerstand des Bankenverbandes zu brechen. In den zwei Jahren vertragslosen Zustandes ist die Lage der Bankbeamten von Tag zu Tag unerträglich geworden, zur Erfüllung ihrer bescheidenen Forderungen sei, behauptet man, kein Geld vorhanden, während die Bezüge einzelner Funktionäre und die Pensionen unfähiger Direktoren Millionen verschlingen. Die Bankbeamten und ihre Organisationen werden sich nicht länger vom Bankenverband an der Nase herumführen lassen. Sie sind nicht nur entschlossen, ihren Forderungen von heute Stellung zu verschaffen, sondern sie halten es auch für geltgemäß, die Frage der Betriebsräte und Betriebsausschüsse ernstlich aufzurollen (stürmischer Beifall) und die endliche Inkraftsetzung des Gesetzes auf Abbau der Direktorengelälter zu fordern (neuerlich großer Beifall). Die beiden Organisationen wollen in den nächsten Tagen das Recht der Beamten auf einen Aufmarsch und Umzug in den Straßen Prags durchzusetzen trachten und sie warnen die Funktionäre des Bankenverbandes, bei ihrem Widerstand zu verharren, weil sonst leicht Folgen eintreten könnten, die von den Organisationen nicht gewollt, den Banken einigig zu schaffen könnten. (Großer Beifall.)

In der Debatte sprach unter anderem Genosse Schorsch, der unter anderem die Schilderung des angestelltefeindlichen Verhaltens der „Národní listy“ durch die Charakterisierung der besteckten Kampfesweise des „Prager Tagblatt“ gegen die Beamten ergänzte. Im Schlußwort sagte Andráš Juhalt und Ziel des gesteigerten Kampfes der Bankbeamten zusammen und schloß unter großem Beifall der Versammlung, die den einmütigen Abwehrwillen der Bankbeamtenchaft unwiderleglich klar demonstriert hatte.

Die gestrige Versammlung war Zeugnis dessen, in wie vorbildlicher Weise die Bankbeamtenchaft, tschechische und deutsche einmütig geschlossen, kraftvoll, zielbewußt, würdig und diszi-

pliniert ihren berechtigten Kampf führt. Es liegt nun durchaus an der Gegenseite, ob den Forderungen der Angestelltenchaft nachgegeben wird. Im anderen Falle ist die Bankbeamtenchaft, nach dem Eindruck dieser Versammlung zu schließen, zur schärfsten Weiterführung und Ausdehnung ihres Kampfes entschlossen, bei dem sie alle Sympathien nicht nur der übrigen Angestelltenchaft, sondern auch der gesamten Arbeiterschaft auf ihrer Seite hat.

Sechs Bankdirektoren haben einen Vorsitzenden.

Der Bankenverband hat sich zu Tode gefügt.

Gestern noch auf hohem Rosse, wissen die Bankdirektoren heute nicht ein noch aus. Der Riß aber, der im Bankenverband zutage getreten ist, bezieht sich nicht nur auf Fragen seiner Personalpolitik, die vollkommen zusammengebrochen ist, er hat vielmehr die Grundlagen des Bankkartells erschüttert.

Bezüglich der Personalpolitik liegen die Dinge so, daß die vom Vorstand des Bankenverbandes in der vorigen Woche feierlichst verkündeten Bedingungen für das von allen Banken — einschließlich der Zivno — geplante Okroi heute, nachdem durch das selbständige Vorgehen der Zivno die Einheitsfront gesprengt ist, für die übrigen Institute die größte Verlegenheit bilden. „Wie sage ich es meinen Beamten,“ fragen sich

Der Bau der Tapanalperre bei Fraim.

Der baldige Beginn des Baues der Fraimer Talsperre und ihre außerordentliche Bedeutung für die gesamte Wirtschaft weit über den engeren Kreis Südmährens hinaus, rechtfertigt das Interesse aller Bevölkerungsschichten an einer technischen Großtat, die einschneidend auf das wirtschaftliche Gepräge eines großen Landstriches wirken wird. Mögen daher einige Daten und Erläuterungen technischer und wirtschaftlicher Art dem Leser die Größe des begonnenen Wertes vor Augen führen.

Die Tapa durchfließt von der österreichischen Grenze an bis Jnaim ein tief in die Landschaft eingeschnittenes Tal, welches sich aber knapp hinter Jnaim plötzlich zu einer Tiefebene erweitert. Diese reicht dann bis zur Mündung in die March bei Lundenburg. Bei Jnaim ist die Größe des Einzugsgebietes, das ist jene Fläche, von der Regenwasser dem Flusse zufließt, 2500 Quadratkilometer, mit einem mittleren, durchschnittlichen Abfluß von 13,82 Kubikmeter pro Sekunde. Die Schwankungen des Wasserstandes aber sind für die gesamte Wasserwirtschaft geradezu katastrophal. Es beträgt nämlich die größte gemessene Abflussumenge anlässlich eines Hochwassers 400 Kubikmetersekunden, der ein Kleinwasserstand von 0,8 Kubikmetersekunden Abfluß bei Trockenheit gegenübersteht.

Diese außergewöhnliche Aenderung der Wassermenge und des Wasserstandes hat für das ganze Gebiet unterhalb Jnaims verheerende Folgen. Wenn auch in dem ungefähr 150 Meter tief eingeschnittenen Tal oberhalb Jnaims von den Hochwässern keine ungeheuren Schäden angerichtet werden, so kann für den Unterlauf nur das Gegenteil behauptet werden. Der Fluß erhebt sich über das unregelmäßige Profil auf weite Gebiete (etwa 85 Quadratkilometer), vernichtet die Ernte der Futterweiden und verschlammt das Land. Die niedrigen Wasserstände schaden wieder den bestehenden Wasserwerken, hauptsächlich Mühlen, und dann besonders den Städten (Jnaim, Dürnholz, Lundenburg), weil die Abfallstoffe nicht in hygienisch befriedigender Weise aufgenommen werden können.

Bei solchen Abflußverhältnissen, die sich zwischen Kleinst- und Hochwasser in Zahlen wie 1:500 ausdrücken, ist eine Flußregulierung unwirtschaftlich und unzuverlässig. Es handelt sich darum, die trassen Gegenläufe auszugleichen, und das geschieht durch Ansammeln des „Zubiel“wassers in Hochwasserzeiten und in dessen Aufspeicherung für die Zeiten der Trockenheit, d. h. Vergrößerung der minimalen Abflussumenge. Technisch löst man diese Frage durch künstliche Schaffung eines Sees mittels einer Talsperre.

Der Flußteil von Freistein bis Jnaim, 71 Kilometer lang, tief in das Gebirge eingeschnitten, eignet sich in jeder Hinsicht für diese technischen Arbeiten. Von Freistein bis Jnaim ist das Gefälle verhältnismäßig klein, nur 1,7 Meter auf 1000 Meter, der Flußteil eignet sich daher besonders zur Schaffung eines Staueses, von Fraim bis Jnaim hat aber der Lauf ein großes Gefälle, so daß dieser Teil der Kraftgewinnung, der Umwandlung der Bewegungsenergie des Wassers in elektrische, dienen soll. Das Gesamtgefälle von Freistein bis Jnaim beträgt 139,5 Meter.

Die Projekte für den Ausbau der Wasserkraft der Tapa reichen bis zum Jahre 1910 zurück. Damals gründete sich eine Gesellschaft Fraimer Bürger und Schweizer Ingenieure und Kapitalisten mit Ing. Schmidt an der Spitze unter dem Namen „Tapanalwerke“, hauptsächlich in der Absicht, eine Bahnlinie im Tapanal bis Raab in Oesterreich zu bauen, diese mit dem gewonnenen Strom elektrisch zu betreiben,

die leitenden Direktoren der übrigen Institute, „daß ich es ja eigentlich niemals so gemeint habe?“ Den Banken aus dieser Verlegenheit zu helfen, ist Aufgabe beider Beamtenorganisationen, und wir zweifeln nicht, daß sie diese Aufgabe so energisch als möglich durchführen werden.

Nach wichtiger für die Banken ist aber die Frage des Fortbestandes des Kartells, der durch den Rücktritt des Oberdirektors Svoboda gleichfalls gefährdet ist. Es zeigt sich, daß die eigentliche Einigkeit im Bankenverband in Wirklichkeit nicht so fest war, wie es nach Außen den Anschein hatte. Insbesondere seit dem letzten Hujasentid, das sich im Herbst das Bankkartell leistete, als es unter der glorreichen Führung des Oberdirektor-Stellvertreters der Zivno, Bělohřibek, eine den Intentionen des früheren Finanzministers Dr. Engliš entgegenstrebende Erhöhung des Einlagezinsfußes beschloß, sind im Gefolge des Kartells tiefe Sprünge zu verzeichnen. Die Großbanken, die Mittel- und Kleinbanken, so liegt die Situation, und die divergierenden Interessen dieser beiden einander beschneidenden Gruppen zusammenzuhalten, scheint keine leichte Aufgabe.

Heute gibt es nur mehr einen Unglückskraben, Svoboda, der es gewagt hat, in offener Svoboz-Sitzung die Zivno des illegalen Verhältnisses zu zeihen, wodurch er sich einen zwar kraftvollen aber sicheren Abgang verschaffte. Ebenso aber scheint auch die Position des Herrn Bělohřibek als Obmann des Bankkartells zu wanken, der in der letzten Zeit immer stärker auftretende Cäsarenallüren annahm und sich im Wesen darauf beschränkte, seine Entscheidungen den übrigen Banken zur Kenntnis zu bringen.

So bildet sich am Horizont eine neue Gruppe von sechs Großbanken, die nur einen Mangel hat: daß nämlich der Vorsitzende nicht so leicht zu finden ist. Denn er soll allen Richtungen entsprechen. Kein Cäsar sein und doch Autorität, Tscheche und doch kein Zivno-Exponent, aber persona grata der Zivno. Wir fürchten, es wird eine schwere Geburt.

weitere aber Südmähren und besonders auch Wien mit Strom zu versorgen. Bis zum Kriege war es nicht möglich, mit dem Bause zu beginnen Zeit dem Jahre 1917 beschäftigt sich das mährische Landesbauamt mit dieser Frage und hat im Jahre 1922 das Projekt in seiner heutigen Form fertiggestellt. Es ist das Werk des Oberbauingenieurs Ing. Dr. Karl Rabrátil, der auch die Bauarbeiten führen wird.

Das Gesamtgefälle von 139,5 Meter teilt man in vier Ausbaustufen. Die erste, jetzt zur Ausführung gelangende Stufe Freistein-Fraim, mit einer 55 Meter hohen Staumauer in Fraim, die zweite, Fraim-Hardegg, mit einer 22 Meter hohen Mauer, die dritte, Hardegg-Trauhnig, mit einer 25 Meter hohen Mauer und eine vierte Stufe, Trauhnig-Fraim. Die erste, jetzt in Angriff genommene Staustufe in Fraim dient außer der Kraftgewinnung von durchschnittlich 6000 Pferdekraften hauptsächlich Reservationszwecken, die drei anderen Stufen wieder dienen besonders der elektrischen Kraftgewinnung, da in diesem Teil das Gefälle des Flusses ein sehr großes ist. Besonders die zwei untersten, Hardegg-Jnaim werden einen sehr wertvollen Strom, den sogenannten Spitzenstrom erzeugen. Dieser wird während der Spitzenleistung eines Elektrizitätswerkes, also in der Zeit der größten Beanspruchung, angefordert.

Die wasserwirtschaftlichen Vorteile der ersten Stufe zeigen sich darin, daß die verheerenden Hochwässer von 100 Kubikmetersekunden theoretisch auf 160 Kubikmetersekunden, d. h. im aller schlimmsten aber nicht wahrheitsähnlichen Fall, in der Regel aber auf 10 Kubikmetersekunden reduziert werden. Diese Mengen kann das Flußbett leicht fassen. Andererseits wird ein minimaler Abfluß von 11 Kubikmetersekunden immer fließen. 85.000.000 Quadratmeter Boden werden vom Hochwasser geschützt und der Bewässerung zugänglich gemacht. Die Mauer wird nach modernen Gesichtspunkten aus Gussbeton hergestellt werden. Das Hauptaugenmerk muß bei einer solchen Konstruktion nebst der Standfestigkeit und Gründung auf die Dichtigkeit des ungeheuren Betonkörpers gelegt werden, wozu besondere Untersuchungen und Prüfungen an den zur Verfügung stehenden Baumaterialien notwendig waren.

Die Sperre wird zu den größten Europas gehören. Sie ist 55 Meter hoch, 42 Meter über Flußsohle, an der Krone 202, am Grunde 126 Meter lang. Ihre Stärke an der Krone 5 Meter, am Grunde 41,5 Meter. Sie ist als Staudamauer konstruiert, das heißt, theoretisch widersteht ihr Eigengewicht unabhängig von der Einpannung in die Felsenhänge des Tales dem angreifenden Wasserdruck. Der Inhalt des Staueses mißt 160,8 Millionen Kubikmeter, wovon 16 Millionen stets zum Auffangen von Hochwässern frei sind. Die Ueberflutung des Tales reicht von Fraim bis zur Mühle bei Freistein, 30 Kilometer aufwärts. Das Vertchen Wäta muß dem gigantischen Werke weichen und wird verlegt. Der Aufwand beträgt 90 Millionen, mit Elektrizitätswert 120 Millionen, doch ist die Rentabilität gesichert, wie folgende vorsichtige Daten noch zeigen. Es wird erspart an Regulierung des Unterlaufes 50 Millionen, Entschädigung 30 Millionen, Ertragssteigerung durch die Bewässerung 48 Millionen. Erhöhung der Wasserkraft der bestehenden Mühlen und Werke 13 Millionen; zusammen 141 Millionen Kronen.

Eine große technische Kulturarbeit beginnt zu werden; mögen andere in rascherer Folge dem sozialen Fortschritte dienen! Ing. Franz Weinreb.

Genossen!
Traget bei jeder Gelegenheit Euer **Parteiabzeichen!**

Volkswirtschaft.

Aus der Internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Um die Gewerkschaftsfreiheit der Beamten.

In seiner letzten Sitzung hat der Nationalrat der französischen Föderation der Beamten eine Resolution angenommen, in der die Stellungnahme der Arbeitskommission der ersten Kammer zu Gunsten der Gewerkschaftsfreiheit der Beamten begrüßt wird. In der Resolution wird u. a. gesagt, daß dieser wichtige Beschluß der Kammerkommission mit 17 gegen 5 Stimmen angenommen wurde und daß die Inhaber der fünf Oppositionsstimmen vor der Abstimmung ausdrücklich erklärt hätten, sie seien nicht gegen die Gewerkschaftsfreiheit der Beamten. Der Nationalrat bestätigte neuerdings, daß alle Beamten fest entschlossen seien, gegen jegliches Statut, das auf die Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit der Beamten und gegen ihre Beziehungen zur gewerkschaftlichen Landeszentrale gerichtet sei, den energischsten Kampf zu führen.

Günstige Entwicklung der Arbeiterbank in Deutschland.

In dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der deutschen „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ für das Jahr 1928 wird zunächst die rückläufige Konjunktur des vergangenen Jahres geschildert und dann über die Entwicklung der Bank der deutschen Gewerkschaften u. a. gesagt: „Für unser eigenes Institut bedeutet das Jahr 1928 die Fortsetzung der guten Aufwärtsentwicklung. Den rund 79 Millionen Einlagen zu Beginn des Jahres stehen rund 117 Millionen am Jahreseschluß gegenüber. Der Umsatz hat sich von 1,35 Milliarden auf 2,036 Milliarden erhöht. Noch vor Ablauf des Jahres hat die Verwaltung geglaubt, dieser Ausbreitung des Geschäftsumfanges durch eine entsprechende Neufestsetzung des Kapitals Rechnung tragen zu sollen. So wurde in einer auf den 11. Dezember 1928 einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung um R. M. 8.000.000 auf 12.000.000 einstimmig beschlossen.“ Als Kennzeichen günstiger Entwicklung mag noch angeführt werden, daß die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr in das Anleihenkonkordat des Reiches und des Preussischen Staates Aufnahme gefunden hat. Erwähnung verdient ferner die Tatsache, daß der Preussische Minister für Volkswohlfahrt die Bank als geeignet zur Verwaltung der freien Hypothekendarlehen erklärt hat.

Die „Zentralbank“ in der Schweiz.

Dem ersten Geschäftsbericht der Genossenschaftlichen Zentralbank in Basel, an der neben den Genossenschaften auch die schweizerischen Gewerkschaften mit bedeutenden Summen beteiligt sind, entnehmen wir folgende Angaben: „Die Entwicklung des Instituts im ersten Geschäftsjahr war eine recht erfreuliche. Nach den gemachten Erfahrungen dürfen die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten als nicht ungünstig erachtet werden. Die Bilanzsumme weist gegenüber der in der Eingangsbilanz festgestellten Ziffer eine Zunahme von rund 16 Millionen Franken auf, was einer Vermehrung von zirka 30 Prozent entspricht. Das Anwachsen der Bilanzsumme auf die jetzige Höhe von 66 Millionen Franken ist zu einem Teil aus der normalen Belebung des Bankverkehrs zu erklären, zum anderen jedoch aus der einmaligen Ablösung und Uebertragung auf unser Institut von bankmäßigen Positionen der Gründerverbände und verwandter Organisationen. Der Umsatz erreicht die stattliche Summe von Fr. 1.140.973.240. Das Anteilskapital betrug während des größten Teiles des Jahres 4,2 Millionen Franken. Gegen Ende des Jahres zahlten die Gründerverbände weitere Beträge ein, um ein normales Verhältnis zwischen eigenem und fremdem Geldern herzustellen. In der Schlußbilanz ist das einbezogene Genossenschaftskapital mit 6,5 Millionen Franken eingeklagt. Es steht nur 60 Millionen Franken fremdem Geldern gegenüber, was einer Proportion von 1 : 9 entspricht.“

Größere Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich ist in der zweiten Februarhälfte weiter gestiegen. Ende Februar haben im ganzen Bundesgebiet 261.215 Arbeitslose die Unterstützung bezogen, d. h. um ungefähr 8000 mehr als Mitte Februar, oder um 40.000 mehr als Ende Februar des vergangenen Jahres. Die Steigerung war in den Provinzen ungleich größer als in Wien. Auf Wien entfallen nur 30 Prozent der Arbeitslosen, gegen 38 Prozent Ende Februar 1928. Rechnet man die nichtunterstützten Arbeitslosen dazu, so gibt es zur Zeit im ganzen mehr als 300.000 Arbeitslose, d. h. mehr als je zuvor.

Die mexikanischen Gewerkschaften und der neueste Zustand.

In einem an den „Daily Herald“ gerichteten Telegramm teilt der mexikanische Gewerkschaftsführer Morones mit, daß die obersten Führer der mexikanischen Gewerkschaften insgeheim hinter der Regierung stehen und den neuesten Zustand verurteilen.

Prager Kurie am 21. März.

	(in 100)	Wurz
100 holländische Gulden	1.49 87/100	1353 87/100
100 Reichsmark	790.55	802 05/100
100 Belgas	498.12 1/2	469 32 1/2
100 Schweizer Franken	648.30	651.90
1 Pfund Sterling	164.55	164.15
100 Lire	176.38	177.18
1 Tollar	33.70	33.80
100 französische Franken	131.00 1/2	132 00 1/2
100 Dinar	54.13 1/2	59 38 1/2
100 Engas	587.35	589.35
100 polnische Zloty	377.45	379.45
100 Schilling	473.75	475.25

Kunst und Wissen.

Prager Konzertaal.

Das bedeutendste künstlerische Ereignis der Vergangenheit war eine Aufführung des Requiem's von W. A. Mozart im weiten jugendmächtigen Konzert des Prager Deutschen Sängereins. Als Gastdirigent bei diesem Konzert war Dr. Gerhard von Knefler aus Hamburg erschienen, der einstige künstlerische Führer und Berater des Vereines, ein Musiker und Dirigent, der sich als Priester im Dienste des interpretierten Kunstwerkes erwies, als ein wahrer Apostel der Tonkunst Mozarts. Nicht Leidenschaftlichkeit des Ausdruckes zeichnete denn auch diese Requiem-Aufführung aus, sondern stilistische Abgeschlossenheit in wohlgefügter dynamischer und rhythmischer Gliederung. Ueber alles das stand der auch numerisch auffallend starke Chor, während das Orchester des deutschen Theaters nicht auf alle Absichten des Dirigenten einging. In diesem mitwirkenden Sologuartett fiel als die schönste Stimme der stolzenreine lesbische Sopran Fräulein Maria Engels auf. Das Requiem wurde in der von Knefler selbst besorgten Bearbeitung angeführt, die an Stelle der von Mozarts Schüler Sigmund vollendeten Teile des Requiem's Originalteile aus Mozarts C-Dur-Messe verwendete. — Aus der Fülle der übrigen Konzertereignisse traten die Konzerte dreier hervorragender Pianisten besonders hervor. Der Frankfurter Pianist Alfred Hoch, der hinsichtlich Anschlagskultur und Ausdruckstärke im Spiele zu den bedeutendsten Klavierkünstlern unserer Zeit gehört, hatte sein großes und vielseitiges Programm ebenso der klassischen wie der modernen Musik gewidmet. Sündelnde stilistische Variationen in C-Dur, entzückende Klavierstücke von Chopin und Scarlatti, sowie Beethovens mit hinreichendem Temperamente gespielte Sonate appassionata füllten die erste Programmhälfte aus, während die zweite moderne Werke von Debussy, Hindemith, Negor und Bartok sowie einige Klavierstücke von Chopin enthielt, die Hoch reichlich Gelegenheit gaben, ausgeglichene Technik und höchste Vortragskunst zu offenbaren. — Der in Basel als Meisterlehrer des Klavieres wirkende deutsch-russische Pianist Rudolf Serkin hatte das Programm seines diesmaligen Konzertes der klassischen und romantischen Klaviermusik gewidmet, die in Werken von Bach, Schubert, Chopin, Mendelssohn und Liszt vertreten war. In der technisch blendenden Art seines Spieles und in der impetuos, elementaren Ausdruckskraft seines Vortrages steht dieser Meisterpianist heute vielleicht unerreicht da. Er ist vor allem wirklich ein Meister der reproductiven Kunst, in der er sich nicht begnügt, dem interpretierten Werke objektiv vollkommen gerecht zu werden, sondern es durch seine persönliche Kunst neu zu gestalten. — Auch Johann Heßmann, der tschechische Meisterpianist, gehört zu jenen wirklichen Klavierkünstlern, denen die vollkommene Technik ihres Instrumentes nur das unerlässliche Mittel zum Zwecke genialer Reproduktion des interpretierten Kunstwerkes ist. Er spielte in einem Sonderkonzerte ausschließlich Kompositionen des tschechischen Tonichters Anton Dvořák, ein Thema mit Variationen, die poetischen Stimmungsbilder, das D-Moll-Improvisum, zwei Sinfonien, zwei Hamoresten, eine Mazurka und die bekannte Dumka. Dieses Konzert war die erste Veranstaltung unter den anlässlich des fünfzigjährigen Todestages Dvořák's ins Werk gelehten zahlreichen Konzerten, die dazu dienen sollen, Dvořák's tonidichterische Werke in möglichst lückenloser Folge zur öffentlichen Aufführung zu bringen. — Diesen glänzenden Pianisten gegenüber erwiesen sich die konzertierenden Geiger der Vereinsmitglieder als keineswegs ebenbürtig. Dies gilt vor allem von Johann Stöpančík, einem Geiger, der uns zwar ein schönes Programm vermittelte,

diesem aber weder technisch noch geistig gewachsen war. — Bessere künstlerische Eindrücke hinterließ dagegen das zweite Konzert des jugoslawischen Geigers Mato Baloković, dessen glänzende Technik und dessen glühendes Temperament abermals Aufsehen erregte. Sein Programm war namentlich im ersten Teile von musterhafter Stillebeifähigkeit; es enthielt Schubert's Sonatine in G-Moll und Brahms herrliche D-Moll-Sonate. — Was ein stilvolles Programm bedeutet, lehrte ein Liederabend der Dessauer Kammerfängerin (Alfistin) Emmy Reindorf. Lieder verschiedener Meister waren nach Stimmung und Inhalt der Dichtungen in vier Gruppen eingeteilt worden und boten in diesen eine eigenartige Uebersicht über den deutschen Liedgesang von Matthesen angefangen bis Hugo Wolf. Die konzertierende Sängerin selbst erwies sich als eine Meisterin im Liedvortrage, wie sie vollkommener in der Ausschöpfung des Liedinhaltes kaum gedacht werden kann. An Dr. von Knefler, dem genialen Musiker, der vermutlich auch der geistige Urheber der musterhaften Programmerteilung war, hatte die Künstlerin einen idealen Begleiter am Flügel — Programmatisch sehr interessant war auch ein Konzertabend jüdischer und russischer Volkslieder, den die russische Sopranistin Hilda Dulitzaja zu Gunsten der Ufa für das arbeitende Palästina gab. Die Verwandtschaft der ostjüdischen und russischen Volksweisen in ihrer bald schmerzlichen, bald ausgelassenen Art trat hierbei überzeugend zu Tage. Leider bereitete die Sängerin selbst einige Enttäuschung; denn weder ihre Stimme und deren mangelhafte Kultur noch ihre lobaretmäßigen Gesellen beim Vortrage berechneten sie zum Konzertvortrage. — Das tschechische Staatskonservatorium hatte in der Berichtzeit zwei öffentliche Musikabende veranstaltet; der eine diente stilistischen Darbietungen verschiedener Instrumentalisten, der andere selten zu hörenden Melodramen von J. V. Fiedler, dem Meisterlehrer für Komposition der Anstalt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Freitag (141—1). 7 1/2 Uhr: „Jugendfreunde“.
Samstag, Gastsp. Emmy Sturm, 7 Uhr: „Lady X“.
Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: „Arm wie eine Kirchnermann“; 7 Uhr, Gastspiel Emmy Sturm, „Lady X“. Montag (142—2), Gastspiel Emmy Sturm, 7 Uhr: „Lady X“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: „Aber Otto!“ Samstag, Ensemblegastsp. Konrad Dreher: „Fischwecker“. Sonntag, 3 Uhr: „Aber Otto!“ 7 1/2 Uhr: „F.F.“. Montag (Baubeamten): „Jugendfreunde“.

Vorträge.

„Gerichtsaufsicht und Öffentlichkeit“ war das Thema, über das Mittwoch, den 20. d. M. abends Staatsanwalt Dr. Koci in einem von der „Kritik“ veranstalteten Vortragszyklus sprach. Dr. Koci beleuchtete die ungeheure Wichtigkeit eines objektiven Referierens im Interesse der Öffentlichkeit und wandte sich gegen die Sensationsaufmachungen und sonstigen „Bearbeitungen“ von Gerichtsfällen, wie sie leider in der Boulevardpresse zur Methode geworden sind. Er meinte, daß das Gerichtsaufsicht als Kontrolle der Justiz durch die öffentliche Meinung einen großen positiven Wert besitze, daß leider den zivilrechtlichen Fällen viel zu wenig Aufmerksamkeit in dieser Rubrik gewidmet werde und daß die Gerichtsaufsicht für den Leser nach der rechtlich-psychologisch-sozialen Seite hin eine wertvolle Belehrung sein sollte, die das Rechtsgefühl erwecken und beleben müßte, ja geradezu einen Maßstab dafür bieten könnte, ob sich Geseze be-

währen und ob eine Reform derselben notwendig sei. Nach der negativen Seite hin bildet die Gerichtsaufsicht durch Entstellungen und Verzerrungen eine Gefahr, oft sogar ist die Rubrik eine Anleitung zur Ausübung von Verbrechen, so daß sogar die Erwähnung nicht abzuweisen wäre, ob die Gerichtsaufsicht, wie sie heute „gemacht“ wird, nicht überhaupt in den Zeitungen wegfallen sollte. Im großen und ganzen lagte Dr. Koci nichts anderes, als was wir vor Jahresfrist hier unter dem Titel „Müssen Gerichtsaufsichtreferate zuzufrieden werden?“ bereits ausgesprochen haben. In der Debatte wies der Advokat Dr. Sommer mit Recht darauf hin, daß man dem Referenten einer so wichtigen Rubrik vor allem durch eine anständige Honorierung seiner verantwortungsvollen Arbeit eine gewisse Unabhängigkeit gewähren müßte und daß die Rubrik auch nicht bloß die Reklameanzeige für Advokaten bilden sollte, wie es oft der Fall ist. J. K.

Bereinsnachrichten.

Einen Unterhaltungsabend, bestehend aus Varieté (das Programm wird von der tschechischen Artistenvereinigung gestellt), veranstaltet das technische Personal der Firma Feinr. Wenzl Sohn — Prager Tagblatt am Sonntag, 24. März, 8 Uhr abends, im großen Saale des Hotel Tichy, Nizlov, Karlova 16 11 bis 3 Uhr Tanz, Militärmusik. Gäste willkommen. Eintritt 10 K. einchl. Steuer.

Literatur.

„Das Herz mit einem Traum genährt.“ Von Valder Elden. Verlag „Universitas“, Deutsche Verlags-Ges., Berlin. (Großk. M. 4.50, Kleink. M. 6.50.) — Fünfzigjährige Jahre lang hat der bairische Eisenbahn-Ingenieur Pragmarer durch Urwälder und Steppen Schienenstränge gelegt, Klodde und Tunnel gebaut, ein tätiger Mensch, der Einsamkeit gewachsen. Einmal, während dieses besten Teiles eines Manneslebens, war er kurze Wochen glücklich, war Gatte der lieblichen Nieves, die der Tod ihm nahm, als er gerade erkannt hat, daß sie nicht nur Spielkamerad und Verjüngung bedeutet, sondern ein Lebenskamerad ist. Jahre später begegnet ihm eine andere Siebzehnjährige, ein verirrtes Kind, deren Weg ins Verderben zu gehen scheint. Pragmarer nimmt sie in seinen Schutz, verliert sich in den Traum, diese von Leben und Klugheit scheinende Gili und keine verlorene Nieves seien eins. Gili und ihr Kind werden ihm das Glück wieder, das er mit Nieves ins Grab gelegt hat. Er baut diesen Schutzgelehrten ein Haus im schönsten Winkel Europas, wird Landwirt, klammert sich an Erde und Wirklichkeit und nährt dennoch, jeder Enttäuschung trotzend, sein Herz mit dem Traum, Nieves sei bei ihm, sein Leben habe dort wieder angefangen, wo er sie verloren. In einer Schicksalsminute fällt Licht der frohen Wirklichkeit in diese Traumwelt, Gili ist nicht Nieves, Nieves ist tot. Pragmarers Erwachen ist sein Verderben, er kehrt zum Morphinum zurück, das ihn schon einmal getrübt hat. Morphinum und eine Krankheit, die er herbei gebet, verzehren ihn, der seinen Widerstand leiht. — Alle bisherigen Bücher Eldens ergaben Tragisches; man fragt sich, warum sie trotzdem froh machen und findet die Antwort auf jeder Zeile: es ist alles gesehen mit den Augen eines ins Leben selbst Verlebten. Ihm ist jeder Augenblick schön, auch der des Verderbens, er ist ein Pessimist ohne Groll, ein Schilderter, der nie Richter wird. Ob fröhlich oder traurig, durch ihre Fülle und ihren Reichtum beglücken diese Bücher wie das Leben selbst.

Sport • Spiel • Körperpflege

Auch in Finnland Abschied vom Winter. Der Winter 1928/29 ist in Finnland im Gegensatz zu seinen Vorgängern kurz ausgefallen. Er stellte sich spät ein und ging früher als gewohnt, zum Leidwesen der sportfreudigen Einwohner. Unter diesen Umständen hatte der Arbeitersportbund (TUL) mit seinem am zweiten März-Sonntag abgehaltenen Wintersportfesten im ganzen Lande Glück. Herrliches Winterwetter begünstigte die Veranstaltungen und trug zu guten Besuchen und Leistungen bei. Der Wintersporttag des TUL wiederholt sich jährlich. Es ist der Tag der Massentour, an dem die Einzelwettkämpfe abgelöst werden durch reine Massentourverfahrungen. Sehr beliebt sind dabei Skisportveranstaltungen.

Arbeiterportier oder — ? Wir wir in tschechischen Montagblätter lesen, belieben Mitglieder der tschechischen Arbeitervereine (D.T.J.) wahrscheinlich lieber bei bürgerlichen Veranstaltungen mitzumischen als bei Gleichgesinnten. Diesen Sonntag starteten Mitglieder der D.T.J. Sussowitz (Brünn) bei einem vom bürgerlichen S.K. Zidenice veranstalteten Euerfeldmärsch.

Ergebnisse der Auslandsspiele österreichischer Arbeiterfußballspieler. Der österreichische Arbeiterfußballverband trug 1928 vier Länderspiele aus, von denen nur das gegen Russland verloren ging. Gegen Deutschland und Belgien wurde gewonnen. Das Torverhältnis lautete 14:8 für Österreich. In Deutschland wurden 144 Spiele österreichischer gegen deutsche Mannschaften ausgetragen, denen 170.000 zahlende Zuschauer beizuhöhen. Aus 192 Spielen gingen die Österreicher als Sieger hervor, 28 endeten unentschieden und nur 14 Spiele wurden verloren.

KINO-PROGRAMM

Vom 22. bis 28. März 1929
Wran Urania-Kino
Heimkehr! Heimkehr!
Der große, diesjährige Ufa-Film. Das Spiel zwischen Mann (LARS HANSON) und Frau (DITA PARLO, dem neu-entdeckten Filmstar) und dem Freunde (GUSTAV FRÖHLICH). Wieder eine deutsche Spitzenleistung!

LIDO 310
Filterwochen auf den Lagunen
mit FLORENCE VIDOR
Die Hochzeit ist kein Spaß.

Wo verkehren wir?
Café „Continental“, Prag, Graben

LIDOVÝ DŮM
Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Štrouhal, Prag. Druck: Kola A. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto D. O. L. H. Die Zeitungsmotorenfabrik wurde von der Volk. u. Zeitungsdruckerei mit Verlag Nr. 127 451/VII/27 am 14. III. 1929. demoliert.

Die unten und die oben.

Berlin, 6. Februar 1929.

Der Höhepunkt der Berliner Ballaison ist überschritten, denn der Presseball liegt hinter der vornehmen Berliner Gesellschaft. Es wäre allzu billig, dieses Fest als die Inkarnation alles kapitalistischen Teufelsputzes zu verkehren. Aber freilich nicht nur billig, sondern in höchstem Maße lächerlich ist, das ist das groteske Aufheben, das von einem Teil der bürgerlichen Presse von dieser Angelegenheit gemacht wird. Da werden spaltenlang Toiletten beschrieben, da werden spaltenlang Namen genannt, und spaltenlang wird getratscht darüber, daß der Herr Edmund Skinnies dessen Verengungsprozess nächstens in Moabit beginnt) mit der Tänzerin Jana gesehen wurde, oder daß Herr Molnar sich vorzeitig entfernte, oder daß Henry Fortie in ihren Pressechef mitgebracht hatte. Man vernünftigt sich nicht auf dem Presseball. Dazu ist diese Zeit, auf dem jeder seine ganze Würde spazierenführt, viel zu ledern. Dabei ist es mit der Exklusivität des Presseballs — selbst vom Standpunkt bourgeois Menschenerwertung aus — gar nicht allzu weit her. Es ist Legende, daß nur Auserwählte herein können. In der Praxis kann sich jeder, der 30 Mark anzulegen die Neigung hat, Einlaß verschaffen, und die Tatsache, daß diesmal zwei Prombolage wirtune gestohlen wurden, spricht auch nicht gerade für äußerste Exklusivität der Teilnehmer. Im übrigen besteht das Groß der Besucher aus Angehörigen des Theaters und des Films, und nicht nur aus den prominenten, sondern auch aus den ... sagen wir einmal: geringeren, honorierten. Für eine turbulente Nacht in der ihnen die besten Stapeln Berlins zum Tanz aufspießen und die Wagnisse der Finanz und der Industrie unter einem Dach mit ihnen teilen, fühlen sie sich da wohl herausgeris-

sen aus ihrer sozialen Eingliederung, hinaufgehoben auf das Podium der Repräsentation. Die Wirklichkeit sieht ein wenig anders aus ...

Zast zur selben Zeit, da die Pressenacht toste, stürzte sich aus dem Fenster einer dritten Etage ein verzweifertes Menschenkind aufs Pflaster der Straße hinunter: die Schauspielern Li. Broda-Weiß. Es gelang ihr nicht, schrieb sie in ihrem Abschiedsbrief, ein Engagement zu finden. Sie könne sich nicht mehr ernähren. Die Ariadne ihrer finanziellen Bedrängnis war eine andere Schauspielern gewesen: die Schönheitkönigin Grete Kleinwald, die ihr eine Zimmerflucht abgemietet, aber die Begleitung der Marie zur ihrer unwürdig erachtet hatte. Auch der kürzlich verstorbene Schauspieler Kaiser-Tig ließ seine Frau und seine Mutter in bitterer Not zurück, und seine Kollegen und Kolleginnen infizierten eine Wohltätigkeitsveranstaltung, um dieser Not zu steuern. Ist es angeht dies nur allzu häufigen Fällen bitterer Schicksalsgestaltung nun ein Aktivum oder ein Passivum für die Herrschenden vom Theater und Film, zu jenen Spitzen der Gesellschaft gerechnet zu werden, deren Anwesenheit auf Berlins repräsentativsten Ball sich von selbst versteht? Die oben und die unten hausen in der Kategorie Bühne und Veinwand jedenfalls etwas nahe beieinander.

Noch in einem anderen Falle trat das menschliche Oben und Unten Berlins kürzlich in intime Berührung. Gewissen besonders wohlhabenden Leuten, die so viel Geld besitzen, daß sie sich zu keiner Ausbezahlung bei einer Bank ein Sasse mieten müssen, wurden aus einer Filiale der Disconto-Gesellschaft ihre Bestkümer entwenden. Juristisch genommen sind die Räuber strafwürdige Elemente, aber artistisch genommen haben sie eine Meisterleistung vollbracht, und es läßt sich nicht verhehlen, daß der artistischen Seite des Tresoreinbruchs ein weitaus größeres Interesse als der juristischen Seite abgewonnen worden ist.

Das ist nicht ganz so Unrecht geschehen, denn gegenüber ihren Gegenpielern, den Sassebesitzern, von denen bislang, sei es nun aus steuerrechtlichen Gründen oder weil die Sache eine Vagantele für sie bedeutet, es kaum die Hälfte für nötig gefunden hat, seinen Verlust bei der Bank anzumelden, schneiden die Clubbrecher nicht gerade schlecht ab. Sie haben laubere, exakte Arbeit geleistet. Sie haben Geduld und Nerven bewiesen. Sie haben ein schweres Risiko in Kauf genommen, als sie zu ihrer Unternehmung rüsteten. Werden die Mieter der Sasse von sich sagen können, daß sie durch ähnliche Qualitäten des Geldes und des Gemütes in den Besitz ihrer Tresorgüter gelangt wären? Selbst in bezug auf das Moralische ist es nicht so sicher, ob die Verlustträger gegenüber den Gewinnträgern eine Vorrangstellung beanspruchen dürfen.

Dieses wohlwollende Interesse des Publikums an den toden Räubern ist freilich nur ein Glied in der Kette einer geradezu ausdringlichen Beachtung, die neuerdings allem eingegangenen wird, was man mit einem etwas romantischen Namen als „Unterveil“ bezeichnet. Auf den Brettern der Bühne bemühen sich noch immer zwei der erfolgreichsten Stücke der Saison, Ferdinands Brudners „Verbrecher“ und Bert Brechts „Dreigroschenoper“, um das Sujet, und auf den Brettern des Lebens rollt der als Sensation empfundene Prozeß gegen den Verein „Immertreu“ ab. Die Verhandlungen waren wenig aufregend. Auf der Anklagebank saßen (und sitzen im Augenblick noch) eine Anzahl hämmiger Männer mit grobem und zum Teil brutalem Gesicht. Aber man hat keinen Augenblick den Eindruck, mysteriöse Angehörige eines Geheimzirkels vor sich zu haben. Sie haben sich die berühmtesten Rechtsanwälte Berlins zu ihren Verteidigern genommen, und wenn sie sich zu ihnen herüberbengen und ihnen etwas ins Ohr sagen, dann scheint eine satte Befriedigung darüber um ihren Mund zu spielen, daß sie sich so

vornehmen Leuten gegenüber in der Rolle eines Auftraggebers befinden.

Ein einziges Mal kam ein padender und starker menschlicher Zug in die Verhandlung. Ein Pressephotograph richtete kein Objektiv auf die Anklagebank und war im Begriff abzuknippen, als der Angeklagte Bihal seine Hände weit vorstreckte, um das Gesicht zu verdecken, und in den Saal rief: „Lassen Sie die Knipferei ... Wenn ich dann keine Arbeit finde und nichts zu fressen habe — Sie geben mir nichts!“ Die Geste dieses Bihal, die ja eigentlich nur den praktischen Zweck verfolgte, der Kamera sein Gesicht zu entziehen, nahm sich merkwürdig symbolisch und seltsam bewörend aus: Die Welt der Straffälligen verwehrte sich gegen die Presse, ihren schlichten Fall zu Sensationszwecken zu mißbrauchen. Auch die Zimmerleute schienen von der allzu großen Beachtung nichts zu halten, die dem Fall gesollt wird. Sie benahmen sich äußerst zurückhaltend, gar nicht feindselig gegen jene, die einen ihrer Kameraden getötet hatten. Es lag ein keiles Erlaunen auf ihren Wienen: Was soll das alles ... diese Presseleute, dieser Staatsanwalt, diese Rechtsanwälte, dieser ganze Apparat? Was wir mit den Immertreuen auszumachen haben, das kommt nicht hier zum Austrag, sondern auf den Nummelpfaden und in den abgelegenen Straßen des Berliner Nordens ...

Welch ein gespenstisches Spiel! In diesem Gerichtssaal hielten die berühmten Verteidiger zu „Immertreu“, und die Zimmerleute waren die Männer des Staatsanwalts. Oben und Unten war verbündet gegen Unten und Oben. Aber trotz aller tatsächlichen Schlägereien, die zwischen Immertreuen und Hamburgern 74 ereignet hatten, und trotz der figurlichen, die sich zwischen Verteidigern und Staatsanwalt vollzogen, wird die natürliche Frontstellung bald genug wieder hergestellt sein: die Frontstellung von Unten plus Unten gegen Oben plus Oben.

Hans Bauer.